

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

70. Jahrestag der Zwangsumsiedlung der Bewohner des Bikini-Atolls

Am 1. März 2016 jährte sich zum 70. Mal die durch das US-Militär erzwungene Umsiedlung der Bewohnerinnen und Bewohner des Bikini-Atolls. Die Zwangsumsiedlung markierte den Startschuss für zahlreiche Atomwaffentests der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Gebiet der heutigen Marshall-Inseln, die am 30. Juni 1946 mit der Zündung der ersten Bombe begannen und ihren traurigen Höhepunkt 1954 mit dem Bravo-Test mit einer Sprengkraft von 15 Megatonnen erreichten.

Die Auswirkungen der Atomtests verursachen bis heute gravierende gesundheitliche Probleme bei der Bevölkerung des Landes, darunter die weltweit höchste Rate an Krebserkrankungen.

Unter dem Vorwand, sie könnten nach den Tests auf ihre Inseln zurückkehren, wurden die insgesamt 167 Bewohnerinnen und Bewohner der Hauptinsel des Bikini-Atolls und weitere 29 Bewohnerinnen und Bewohner der Enyu-Insel dauerhaft ihrer Heimat beraubt. Für sie und ihre Nachfahren begann eine Odyssee, die sie vor den Folgen der nuklearen Verstrahlung nicht schützen konnte, viele von ihnen aber in den Hungertod auf dem Rongerik-Atoll trieb, auf welches sie zunächst evakuiert wurden und welches den Menschen keine ausreichende Lebensmittel- und Wasserversorgung bot. Durch die insgesamt 67 Atomwaffentests, die von 1946 bis 1958 auf dem Bikini- und Eniwetok-Atoll stattfanden, wurden durch radioaktiven Niederschlag auch die etwa 200 Kilometer entfernt gelegenen Atolle Rongelap und Rongerik kontaminiert. Dokumente des US-Militärs weisen darauf hin, dass das amerikanische Militär die Verstrahlung der nach Rongerik

evakuierten Bewohnerinnen und Bewohner des Bikini-Atolls bewusst in Kauf genommen hat, um die Auswirkungen nuklearer Verstrahlung auf den Menschen zu untersuchen. Bis heute weigern sich die USA, sich für das Unrecht, welches den Bewohnerinnen und Bewohnern des Bikini-Atolls und anderer Inseln angetan wurde, zu entschuldigen und Entschädigungszahlungen zu leisten.

Das *Pazifik-Netzwerk e.V.* wendet sich gegen jede Form von atomaren Waffen und setzt sich für eine atomwaffenfreie Welt ein. Es verurteilt den Missbrauch der Marshall-Inseln sowie anderer Regionen im Pazifik für den Test zerstörerischer Massenvernichtungswaffen durch die USA und anderer Großmächte aufs Schärfste und unterstützt die Marshall-Inseln ausdrücklich in ihrem Kampf für internationale Anerkennung und Wiedergutmachung. Das *Pazifik-Netzwerk* setzt sich für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker im Pazifik im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich ein. Kaum ein Beispiel zeigt einen Verstoß gegen dieses Gebot so deutlich auf wie die Zwangsumsiedlung der Bewohnerinnen und Bewohner des Bikini-Atolls und die bis heute andauernden Folgen amerikanischer und anderer Atomwaffentests im Pazifik.

(Pressemitteilung des Pazifik-Netzwerks 01.03.16)

Weltentwicklungsbericht ohne Pazifikstaaten

Im *Human Development Report* (Weltentwicklungsbericht) der Vereinten Nationen (UN) fehlen Daten zu den Marshall-Inseln, Nauru, den Cook-Inseln und zu Tuvalu. Der alle zwei Jahre veröffentlichte Bericht erschien zuletzt im vergangenen Jahr und beinhaltete Daten und Fakten zu 188 Staaten. Diese werden der UN zugeliefert von der Weltbank, dem UNESCO-Büro für Statistik sowie der Abteilung für Bevölkerungsentwicklung der UN. Dazu gehören zum Beispiel Angaben

über das Bruttoeinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung, die Dauer des Schulbesuches und weitere Daten.

Die Marshall-Inseln konnten diese Daten seit 2009 nicht mehr zuliefern und so fehlen sie in der Liste der Länder auf dem Entwicklungsindex. Andere Pazifikstaaten sind zwar gelistet, schneiden aber denkbar schlecht ab. So liegt Vanuatu auf Rang 134, Kiribati auf 137, die Salomonen auf Rang 156 und Papua-Neuguinea auf Rang 158. Positives Beispiel ist die mikronesische Republik Palau, die im Bericht aus dem Jahr 2015 immerhin auf Rang 60 kam.

(Marianas Variety 16.02.16, <http://hdr.undp.org/en/2015-report>)

ZIKA-Virus auch im Pazifik

Am 1. Februar 2016 hat die Internationale Weltgesundheitsorganisation WHO wegen der rasanten weltweiten Verbreitung des ZIKA-Virus den so genannten „Öffentlichen Gesundheitsnotstand internationalen Ausmaßes“ erklärt.

ZIKA-Erkrankungen wurden aus Tonga, Amerikanisch-Samoa, Samoa und den Marshall-Inseln gemeldet. Tonga hat ebenfalls zum 1. Februar wegen der bisher gemeldeten 549 Fälle den nationalen Notstand ausgerufen.

Die Gesundheitsbehörden der Pazifikstaaten haben die Einwohner zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen aufgerufen, dazu gehört vor allem die Vernichtung schon kleinster stehender Gewässer, in denen die das Virus übertragenden Mücken brüten könnten. In einigen pazifischen Großstädten wurden Insektizide versprüht.

Info: Das ZIKA-Virus wurde 1947 erstmals im Zika-Forest in Uganda isoliert. Es kam bisher endemisch nur in Afrika und Südostasien vor. Überträger des Virus sind Stechmücken. Nachgewiesen wurde auch eine Übertragung des Virus durch sexuelle Kontakte. Mit dem Virus infizierte

Personen bekommen das ZIKA-Fieber mit den für Fieber üblichen Begleiterscheinungen. Tödlich ist die Erkrankung nur selten, allerdings schädigt das Virus ungeborene Kinder und sorgt für Schädelmissbildungen und Hirnschäden. Deshalb rät die WHO allen schwangeren Frauen, von Reisen in betroffene Gebiete abzusehen. Diesem Rat hat sich die *Deutsche Gesellschaft für Tropenmedizin und internationale Gesundheit* angeschlossen. Eine Impfung gegen das Virus gibt es noch nicht. (<http://wwwnc.cdc.gov/travel/notices/alert/zika-virus-pacific-islands>, <http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/Z/Zikaviren/Zikaviren.html>, Matangi Tonga 09.02.16)

Korruptionsindex 2015 veröffentlicht

Papua-Neuguinea ist eines der korruptesten Länder der Welt - zumindest laut Einschätzung der Organisation *Transparency International* (TI). Diese legte Anfang des Jahres ihren Bericht zum *Corruption Perception Index* (CPI, Korruptionswahrnehmungsindex) vor. Unter 168 kategorisierten Ländern landete PNG auf Rang 139.

Die Rangliste wird erstellt, indem neun weltweit agierende große Organisationen wie etwa die Weltbank ihre Daten an TI übermitteln. Dazu werden Geschäftsleute sowie Länderanalysten befragt und Umfragen mit Staatsbürgern im In- und Ausland miteinbezogen. Mit dem Index wird jedoch nur die subjektive Einschätzung der befragten Organisationen erhoben, d.h. sie geben an, wie hoch die Korruption bei Amtsträgern und Politikern ihrem Empfinden nach ist.

Laut Liste sind Somalia und Nordkorea die „gefühlte“ korruptesten Staaten weltweit. Auf Rang 1 des Index steht Dänemark, gefolgt von Finnland und Schweden. Neuseeland steht auf Rang 4 und wird damit als wenig korrupt angesehen. Kein anderes pazifisches Land wurde besser bewertet als Neuseeland. Deutschland

landete übrigens auf Platz 10 der Liste. (*The National* 28.01.16, <https://www.transparency.de/Korruptionsindizes.1015.0.html>)

IT-Jobs im Pazifik ?

Eine im Dezember letzten Jahres veröffentlichte Studie der Weltbank kommt zu dem Ergebnis, dass in Tonga, Samoa und Fidschi insgesamt 10.000 Jobs in der Informationstechnologiebranche geschaffen werden können. International tätige Firmen könnten die Buchhaltung, Datenverarbeitung, Programmierung und Wartung auf die Pazifikinseln „outsourcen“, hieß es. In den drei genannten Staaten gäbe es dafür ideale Voraussetzungen, nämlich eine junge, gut ausgebildete IT-Elite sowie zuverlässige und schnelle Internetverbindungen, die große Datenmengen verarbeiten könnten. Außerdem könnten die Pazifikstaaten mit einem niedrigeren Lohnniveau punkten.

Bisher ist Fidschi groß in das offshore-Datengeschäft eingestiegen. So arbeiten bereits tausende Fidschianer von Fidschi aus online für die pazifikweit tätige Australian-New Zealand-Bank (ANZ). Dafür hat Fidschi im Jahr 2014 den *European Outsourcing Associations's Offshore Destination of the Year Award* gewonnen. Natasha Beschorner, Beraterin bei der Weltbank, erklärte, durch die Nähe zu Australien und Neuseeland böten sich den Pazifikstaaten große Chancen im Geschäft der offshore-Datenverarbeitung.

(<http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/12/17/potential-for-more-than-ten-thousand-new-pacific-island-jobs-through-it-enabled-outsourcing-industries>)

„Secretariat of the Pacific Community“ umbenannt

Im Rahmen ihrer Jahrestagung Anfang Februar hat sich die internationale Organisation „Secretariat of the Pacific Community“ umbenannt in „Pacific Community“. Sie modernisierte zudem ihr

Logo, ein Auslegerkanu mit einer Palme auf dem Segel in einem Kreis von 26 (für die Mitgliedsstaaten) Sternen. Die seit Jahren gebräuchliche Abkürzung SPC soll trotz Namensänderung unverändert bleiben, erklärte Generaldirektor Dr. Colin Tukuitonga.

Die SPC war am 6. Februar 1947 als „South Pacific Commission“ (SPC) von Australien, Frankreich, den Niederlanden, Neuseeland, dem Vereinigten Königreich und den USA gegründet worden. Ziel des Zusammenschlusses von derzeit 26 Ländern ist die soziale und ökonomische Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten durch gutachterliche und beratende Tätigkeiten. 1997 hatte sich die Organisation zwar in „Pacific Community“ umbenannt, offiziell jedoch weiterhin den Namen „Secretariat of the Pacific Community“ benutzt. Der Hauptsitz der Organisation befindet sich in Nouméa (Neukaledonien), das Bildungszentrum und das Landwirtschafts- und Forstprogramm haben ihren Sitz in Suva (Fidschi).

Im Rahmen der Jahrestagung stellte die *Pacific Community* auch ihre Strategie für die Jahre 2016 bis 2020 vor. Man wolle sich vor allem um die nachhaltige Entwicklung der Region in Sachen Umwelt- und Klimaschutz kümmern, so Dr. Tukuitonga. Dies sei nur mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Mitgliedsländer möglich. Als Motto verabschiedeten die Mitgliedsländer den Slogan „*Helping Pacific people achieve their development goals*“. (<http://www.spc.int/>)

Greg-Urwin-Preise verliehen

Fünf Pazifikinsulaner sind Mitte Februar mit dem Greg-Urwin-Preis für herausragendes Engagement für das Gemeinwohl geehrt worden: Die 25-jährige Tongaerin Adi Talanaivini Mafi arbeitet als Rechtsberaterin für das Justizministerium in Nuku'alofa und setzt sich hier beson-

ders für Kinderrechte ein. Herr Hillary Toloka von den Salomonen forscht im *Atofi Adventist Hospital* zur Verbesserung der Gesundheitssituation in ländlichen Regionen. Dr. Laila Seduadua ist Kinderärztin in Fidschi und forscht zu Krebserkrankungen bei Kindern. Die Krankenschwester und Hebamme Zuabe Tinning aus Papua-Neuguinea koordiniert das Gesundheitsprogramm in der Stadt Lae. Sie arbeitet seit über zehn Jahren mit Frauen auf dem Land zu den Themen Empfängnisverhütung und Familienplanung. Melino Bain-Vete arbeitet als Umweltbeauftragter in Fidschi.

Der Preis ist mit 25.000 AUSDollar dotiert und soll den Preisträgern ermöglichen, für drei bis sechs Monate in anderen pazifischen Ländern in ähnlichen Projekten Erfahrungen zu sammeln und Kenntnisse zu vertiefen. So wird die Tongaerin Mafi beispielsweise für ein halbes Jahr im „Regional Rights Resource Team“ der Pacific Community in Suva mitarbeiten und sich dort mit den Rechten fidschianischer Kinder beschäftigen. Dr. Seduadua wird in der Kinderonkologie im Krankenhaus von Christchurch (Neuseeland) mitarbeiten. Zuabe Tinning wird im *Morobe Council of Women* zu Frauengesundheit forschen. Herr Toloka von den Salomonen geht an die James Cook Universität in Auckland und Bain-Vete soll im Sekretariat des Fischereiprogramms der Pazifikstaaten in Majuro (Marshall-Inseln) Kenntnisse über die natürlichen Ressourcen des Ozeans erwerben.

Info: Der Greg-Urwin-Preis wird seit 2008 verliehen. Er erinnert an den Australier Greg Urwin (1946-2008), der von 2004 bis 2008 Generalsekretär des *Pacific Islands Forum* war. Urwins Familie hat den Preis in Kooperation mit dem „Pacific Leadership Program“ der australischen Regierung gestiftet und vergibt ihn einmal jährlich, vorzugsweise an junge Menschen, die sich im Gesundheitssektor engagieren. Da-

mit möchte die Familie an den frühen Krebstod Urwins erinnern.

In diesem Jahr hatten sich 45 Pazifikinsulaner um den Preis beworben. (*Matangi Tonga* 10.02.16, <http://www.loopvanuatu.com/content/five-pacific-islanders-receive-greg-urwin-awards>, <http://www.plp.org.fj/wp-content/uploads/2014/07/2016-Greg-Urwin-Awards-Overview-Application-Information.pdf>)

Visabefreiung für Tonga, Timor-Leste und Palau

Staatsangehörige aus Tonga, Timor-Leste und Palau können seit Dezember 2015 visumsfrei bis zu 90 Tage innerhalb von 180 Tagen in die meisten europäischen Länder (darunter auch Deutschland) einreisen. Die Bürger Tongas können außerdem noch visumsfrei in die Schweiz einreisen. Ausgenommen vom so genannten „Visa Waiver“ Programm sind nur Großbritannien und Irland, da diese beiden Staaten nicht dem Schengen-Abkommen beigetreten sind. Die neuen Regelungen betreffen sowohl Geschäftsreisende als auch Touristen. (*Visum-News Centrale* 16.12.15, *Timor-Leste Pressemitteilung* 16.12.15)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Schuldenumwandlung

Am 16. Dezember 2015 ebnete der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Weg für Schuldenumwandlungen für Kirgisistan und Papua-Neuguinea. Im Fall von PNG werden die freigewordenen Mittel aus dem Schuldenerlass im Rahmen des „Debt-to-Health“-Programms des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria für Gesundheitsprogramme verwendet. *Erlassjahr.de* wird den Global Fund dazu im Rahmen der Zusam-

menarbeit im Schuldenumwandlungsprogramm beraten.

Info: „erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung“ ist das größte entwicklungspolitische Bündnis in Deutschland mit Mitträgerorganisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft. Zu den derzeit über 600 Mitträgerorganisationen gehören Landeskirchen, Diözesen, entwicklungspolitische Organisationen, Eine-Welt-Gruppen, Vereine, Kirchengemeinden und Weltläden.

erlassjahr.de ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk von über 50 ähnlichen Kampagnen und Bündnissen. Sie alle wollen es nicht hinnehmen, dass untragbar hohe Schulden in vielen Ländern des Südens wichtige Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur unmöglich machen. (<http://www.erlassjahr.de/wir-ueber-uns/wir-ueber-uns.html>)

Nicht genug Plätze an Unis

Der Staatssekretär für höhere Bildung im Kultusministerium, Professor David Kavanamur, hat die Bildungsmisere in Papua-Neuguinea beklagt. Im vergangenen Jahr hätten von den 23.000 Absolventen der 12. Klasse (Grade 12) gerade einmal 4.700 Schüler einen Studienplatz an einer Universität oder einer anderen Weiterbildungseinrichtung erhalten. Alle anderen Schüler müssten als „drop-outs“ gelten, sagte der Professor.

In den nächsten zwei Jahren will die Regierung massiv in die Bildung investieren, erklärte Kavanamur. Bereits bestehende Universitäten wie etwa die *Western Pacific University* im Südlichen Hochland sollen ausgebaut werden, Berufsbildungsinstitute wie etwa die Fachschule für Krankenpflege sollen modernisiert und damit attraktiver gemacht werden. Höhere Bildung für möglichst viele einheimische Schüler sei wichtig für die Weiterentwicklung des Staates, betonte Kavanamur. (*Post-Courier* 05.02.16)

Meg Taylor in UN-Gruppe berufen

Die neuguineische Rechtsanwältin und Diplomatin Dame Meg Taylor, seit 2014 amtierende Generalsekretärin des *Pacific Islands Forum Secretariat*, ist Ende Januar vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon in die „*Every Woman Every Child-High Level Advisory Group*“ berufen worden. Diese Arbeitsgruppe bei den Vereinten Nationen (UN) soll den Generalsekretär in allen Fragen rund um die Gesundheit von Frauen, Kindern und Heranwachsenden beraten. Die Gruppe soll auch dabei unterstützen, das kürzlich von den UN verabschiedete Projekt zur Bewahrung von Gesundheit (Global Strategy for Women's, Children's and Adolescent's Health) durchzuführen.

Info: Meg Taylor ist die Tochter des australischen Entdeckers Jim Taylor. Sie studierte Jura in Melbourne und in den USA. Von 1989 bis 1994 war sie PNG-Botschafterin für USA, Mexiko und Kanada. Seit 20 Jahren arbeitet Taylor auch als Beraterin für die Weltbank. (*Pressemitteilung PIF 28.01.16*)

Neuer Chef des Öffentlichen Dienstes

Isaac Lupari ist neuer Chef des Öffentlichen Dienstes in der neuguineischen Regierung. Er wurde Anfang Februar in das Amt berufen, nachdem sein Vorgänger Sir Manasupe Zurenuoc aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt bekanntgegeben hatte.

Isaac Lupari war von 1997 bis 2009 in verschiedenen Positionen für die damalige Regierung unter Premierminister Sir Michael Somare tätig, u.a. als dessen persönlicher Berater sowie als Geschäftsführer im Finanz- und Verteidigungsministerium. Außerdem war er ab 2010 als Botschafter Papua-Neuguineas bei der Europäischen Union mit Sitz in Brüssel tätig. (*Post-Courier 08.02.16*)

Preis für engagierte junge Frau

Die 25-jährige Seini Fisi'lhoi ist für ihr Engagement mit dem „Queen's Young Leaders Award“ ausgezeichnet worden. Die junge Frau gehört zu 60 Preisträgern im Alter zwischen 18 und 29 Jahren in den Ländern des britischen Commonwealth, die diesen Preis in diesem Jahr bekommen. Fisi'lhoi engagiert sich für das „Young Leadership“-Programm in Papua-Neuguinea sowie für die Nichtregierungsorganisation *Advancing PNG Women Leaders Network*. Diese Organisation unterstützt Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft. Außerdem ist Fisi'lhoi Sprecherin der neuguineischen Regionalgruppe von *Transparency International*.

Info: Der Preis wird seit 2014 einmal jährlich an junge Menschen verliehen, die sich in besonderem Maße für das Wohl der Gemeinschaft einsetzen. Bestandteil des Preises ist ein online-Fortbildungskurs für zukünftige Führungskräfte an der Universität von Cambridge sowie ein einwöchiger Aufenthalt in London im Juni, wo die britische Königin Elizabeth die Preisträger persönlich empfangen wird.

(<https://www.queensyoungleaders.com/>)

Polizei beruft Australier

Die neuguineische Polizeibehörde *Royal Papua New Guinea Constabulary* hat zum Erstaunen vieler einen Australier zum stellvertretenden Polizeikommissar (Deputy Police Commissioner) ernannt. Alan Scott wurde zum Beauftragten für Reformen, Training und den APEC-Gipfel ernannt. Polizeipräsident Gari Baki erklärte, die Berufung eines ‚Ausländers‘ auf den hochrangigen Polizeiposten entspreche den Empfehlungen zur Neustrukturierung des Polizeiwesens aus dem Jahr 2004.

Neben Scott wurden die Einheimischen Raphael Huafolo (Ver-

waltung) sowie Jim Andrews (Einsatzkommandos) berufen.

Alan Scott war zuvor stellvertretender Chef der australischen Polizeibehörde in Papua-Neuguinea. Er bringe deshalb sowohl fachliche Kenntnisse als auch Landeskennnisse mit, erklärte Baki. (*Post-Courier 10.02.16*)

Fernsehsender verstaatlicht

Die Regierung hat den privaten Fernsehsender EM-TV für 20 Millionen Kina gekauft und besitzt nun mit NBC-TV zwei staatliche Sender. Der Staat kaufte EM-TV über seine Tochter, die *Telikom PNG Limited*, bereits vor Weihnachten des letzten Jahres.

Der Minister für Staatsbetriebe, Ben Micah, sagte, man werde EM-TV umstrukturieren, dies werde vermutlich auch Einfluss auf die Personalsituation haben. Derzeit führe er außerdem Gespräche mit dem Minister für Information und Kommunikation, Jimmy Miringtoro. Man müsse gemeinsam überlegen, wie man zwei staatliche Sender so handhaben könne, dass sie sich nicht gegenseitig Konkurrenz machten, erläuterte Micah. (*The National 06.01.16*)

Krankenhausschiff im Einsatz

Das australische Krankenhausschiff „MV YWAM PNG“ der Freiwilligenorganisation *Youth with a Mission* ist derzeit an der Südküste von Papua-Neuguinea unterwegs. Das Schiff kommt aus Nord-Queensland (Australien) und fährt entlang der Küste zu abgelegenen Dörfern, deren Einwohner keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. An Bord sind eine Zahnklinik, eine Augenklinik sowie ein Labor für einfache Blutuntersuchungen wie einen Test auf Malaria. Dort arbeiten freiwillige Ärzte und Krankenschwestern.

Steuermann Jan Alnes erklärte, die Navigation des großen ehemaligen Handelsschiffes in den Gewässern Neuguineas sei eine Herausforderung. Oft müsse er Militärkarten aus dem Zweiten Weltkrieg zu Rate ziehen oder sich auf sein „Bauchgefühl“ verlassen. (*Radio Australia 08.02.16, <https://ywamships.org.au/>*)

Mine entlässt Arbeiter

Ok Tedi Mining Limited (OTML) entlässt mit Wiederaufnahme des Minenbetriebs zum 1. März vermutlich mehr als 200 Arbeiter. Das gab Geschäftsführer Peter Graham jetzt bekannt.

Seit August vergangenen Jahres lief der Minenbetrieb in der im Tagebau betriebenen Gold- und Kupfermine bei Tabubil im nordwestlichen Teil der Western Province auf Sparflamme. Grund dafür war der Einbruch des Preises für Kupfer auf dem Weltmarkt sowie Störungen im Betriebsablauf durch Dammbürche, Niederschlagsmangel und den Einbruch eines Teils des Minenrandes.

In der Mine sind noch 2.000 Arbeiter beschäftigt, nach Angaben von OTML über 90 % davon einheimische Niuginis. Graham begründete den Stellenabbau mit dem andauernd niedrigen Weltmarktpreis für Kupfer.

(PNG Mine Watch 12.02.16, <http://www.oktedi.com/attachments/article/229/Toksave%20-%20Planned%20Restart%20of%20Operations.pdf>)

12 Tote bei Gefängnisausbruch

Bei einem Massenausbruch aus dem Buimo-Gefängnis in Lae sind Ende Februar zwölf Personen getötet worden, 18 wurden verletzt. 87 Gefängnisinsassen hatten in einer konzertierten Aktion versucht, die beiden Torwächter anzugreifen, um an die Schlüssel zu kommen. Das gelang, so dass die Häftlinge in den Distrikt West Taraka fliehen konnten. Die vom

Gefängnisdirektor sofort herbeigerufene Polizei machte sich an die Verfolgung der Geflohenen und erschoss dabei 12 geflüchtete Häftlinge. 18 Häftlinge konnten teils schwer verletzt gefasst werden, die restlichen 57 sind noch auf der Flucht.

Anthony Wagambie, Chef der lokalen Polizei von Lae, erklärte, bei den Getöteten handle es sich um Gewaltverbrecher, die wegen Raubes, Mordes und Vergewaltigung einsaßen. Er sagte im staatlichen Fernsehen EM-TV, dass sich jeder strafbar mache, der einen geflohenen Häftling bei sich aufnehme und warnte sogleich die Bevölkerung vor den geflohenen Straftätern.

(<http://www.ibtimes.com/papua-new-guinea-prison-break-11-prisoners-shot-dead-17-recaptured-several-others-run-2322932>, *Flash d'Océanie 25.02.16*)

Verbot von Plastiktüten

Seit dem 1. Januar 2016 gilt ein Plastiktüten-Verbot in Papua-Neuguinea. Bisher war es üblich, Einkäufe im Supermarkt in Plastiktüten nach Hause zu tragen. Diese Praxis ist ab sofort unter Strafe verboten, wie Gunter Joku, Direktor der CEPA (Conservation and Environment Protection Authority) in Port Moresby erklärte. Supermärkte dürfen ab sofort nur noch Tüten aus nachwachsenden Rohstoffen ausgeben. Die CEPA hat bereits mit unangekündigten Kontrollen in den Supermärkten der Hauptstadt begonnen.

Der Oppositionsführer Don Polye beklagte diesen „Schnellschuss“ der Regierung. Das Gesetz sei heimlich, still und leise vom Parlament zügig verabschiedet worden, es habe keine Öffentlichkeitskampagne dazu gegeben und Händler seien nicht vorab informiert worden. Nun müssten die meisten Supermarktbesitzer innerhalb kürzester Zeit umdisponieren und entweder zu Bio-Tüten greifen oder ihre Kunden dazu ermutigen, ihre eigenen Einkaufstaschen mitzubringen. Der Provinzgouverneur der Morobe-Provinz, Kelly Naru, lobte dage-

gen das Verbot und regte an, zukünftig Stofftaschen im Supermarkt zu verkaufen oder auch die traditionellen *bilums*. (*Flash d'Océanie 28.01.16*)

Denkmal eingeweiht

Genau drei Jahre nach dem schweren Schiffsunglück in der Salomon-See vor der Küste von Finschhafen mit über 300 Toten ist am 2. Februar im Hafen von Kimbe ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer eingeweiht worden. Auf dem Denkmal sind die Namen der Überlebenden und die Namen der Opfer verzeichnet. Auf der für nur 310 Personen zugelassenen Passagierfähre *MV Rabaul Queen* sollen sich weit mehr als 500 Personen aufgehalten haben, als das Schiff bei Sturm und hohem Wellengang 16 Kilometer vor Finschhafen kenterte.

Das Denkmal aus schwarzem Granit wurde von Alphonse Liato gestaltet, der das Unglück überlebte. Zur Einweihung hielt der Gouverneur der Provinz West New Britain, Sasindran Muthuvel, eine bewegende Rede. Bei dem Unglück vom 2. Februar 2012 waren vor allem Schüler ums Leben gekommen, die von Kimbe aus unterwegs nach Lae waren, weil dort die Schule nach den Ferien wieder beginnen sollte. Gouverneur Muthuvel erklärte, in Westneubritannien stünden demnächst drei Einrichtungen für die höhere Bildung bereit, sodass Kinder und Jugendliche die Insel zu Ausbildungszwecken nicht mehr verlassen müssten. (*Post-Courier 03.02.16, EM TV 02.02.16*)

Potenzial für Tourismus

Der Leiter des neuguineischen Fremdenverkehrsamtes, Peter Vincent, sieht Potenzial für den Ausbau des Tourismus- und Freizeitsektors in PNG. Bis dato hat das Land nur einen zehnprozentigen Anteil am pan-pazifischen Tourismusmarkt (zum Vergleich: Fidschi 41 %). Auf der kürzlich

veröffentlichten Rangliste des *World Travel and Tourism Council* steht PNG auf Platz 184 und damit am Ende der Rangliste.

Vincent beklagte das negative Image des Staates. Touristen fürchteten sich vor dem hohen Gewaltpotential, vor allem die Hauptstadt Port Moresby gelte als eine der gefährlichsten Städte der Welt. Dabei sei PNG doch ein wunderschönes Land mit schönen Stränden und üppiger Vegetation, so der Tourismuschef. Er forderte die Regierung auf, mehr Polizeikräfte einzusetzen und damit das Land sicherer und attraktiver für den internationalen Tourismusmarkt zu machen. (*Radio NZ Intern. 24.12.15*)

BOUGAINVILLE

„Laboratorium“ für deutsche Friedensforscher

Ein neues Forschungsprojekt an der Universität Duisburg-Essen (UDE) untersucht, warum es die zu Papua-Neuguinea gehörende Bougainville geschafft hat, nach vielen Jahren brutaler Auseinandersetzungen den Krieg zu beenden.

Erfolgsgeschichten wie diese sind selten, weshalb sich die Wissenschaftler vom *Institut Entwicklung und Frieden* (INEF) für die Insel interessieren. Es hat eine schlimme Zeit hinter sich: *„Fast zehn Jahre tobte auf Bougainville, das zu Papua-Neuguinea gehört, ein blutiger Bürgerkrieg. Ein Zehntel der knapp 200.000 Bewohner starb“*, sagt Volker Böge vom INEF. [Anmerkung der Redaktion: Dr. Volker Böge ist langjähriges Mitglied des Pazifik-Netzwerkes. Er lebt in Brisbane/Australien.] Auslöser für die Kämpfe war der Betrieb der Panguna-Kupfermine, sie zerstörte die Lebensgrundlage der Menschen. *„Rebellen erhoben sich gegen die Armee; daraus entwickelten sich ab 1988 ein Unabhängigkeitskrieg und weitere gewaltsame Konflikte“*, so Böge weiter.

Seit 1998 schweigen die Waffen. Bougainville wurde autonome

Region, bis spätestens 2020 sollen die Menschen über die Unabhängigkeit ihrer Insel entschieden haben. *„Die ehemals verfeindeten Seiten sind alle in der Autonomieregierung vertreten und ziehen dort an einem Strang. Die Zentralregierung Papua-Neuguineas hingegen investiert wenig, verhält sich abwartend“*, so Böge.

Wegen der Insellage und Größe – vergleichbar mit Zypern – sehen die Forscher Bougainville als eine Art „Laboratorium“ für Peacebuilding. Sie wollen in ihrer Fallstudie herausfinden, was man aus dem Geschehen im Südpazifik lernen kann. Denn dort gibt es ein eigenes Verständnis, wie man Frieden festigt und die Staatsbildung voranbringt. In der Regel versucht der Westen das durch schnelle Wahlen und den Aufbau von bewährten staatlichen Strukturen zu schaffen; doch beides ist von außen nur schwer zu steuern und kann neue Konflikte hervorrufen. Für Bougainville kam das gar nicht erst infrage: *„Die lokalen Akteure waren zu stark und selbstbewusst. Die internationalen Akteure, die in den lokalen Friedensprozess eingebunden sind, mussten sich auf deren Zeitvorstellungen einlassen. Außerdem gibt es auf der Insel eigene nicht-staatliche Institutionen und traditionelle Formen der Konfliktbearbeitung“*, erklärt Böge weiter.

Dass diese berücksichtigt wurden, habe entscheidend zur Befriedung beigetragen, glaubt der INEF-Wissenschaftler. *„Wir wollen nun untersuchen, wie lokale und internationale Akteure miteinander umgegangen sind und verhandelt haben. Dafür führen wir Interviews mit den verschiedenen Seiten, darunter mit der Autonomieregierung, Clan-Chefs, ehemaligen Kommandeuren der militärischen Parteien, mit Mitarbeitern von UN-Institutionen, internationalen NGOs sowie australischen und neuseeländischen Militärs.“*

In einer zweiten Studie wollen die Friedensforscher herausfinden, ob sich in anderen Fällen – etwa in Somaliland, Sierra Leone und

Timor-Leste – ähnliche Prozesse identifizieren lassen.

Das Projekt „Peacebuilding im Spannungsfeld internationaler und lokaler Wahrnehmungen – Einsichten aus dem ‚Laboratorium‘ Bougainville“ wird von der Deutschen Stiftung Friedensforschung bis Ende 2016 mit 99.000 Euro gefördert. (*Pressemittteilung der Uni Duisburg-Essen, 02.12.15*)

SALOMONEN

Australische Unterstützung

Australien hat dem Gesundheitsprogramm der Salomonen 2,7 Millionen AUS-Dollar zur Verfügung gestellt. Die Gelder sind Bestandteil eines 80 Millionen Dollar schweren Paketes, das Australien von 2012 bis 2016 im Rahmen des „National Health Strategic Plans“ den Salomonen zugesagt hatte. Mit den Geldern soll vor allem die Mütter- und Kindervorsorge in ländlichen Regionen verbessert werden. Gesundheitsstationen auf dem Land sollen mit Medikamenten, vor allem mit Malaria-Mitteln, besser ausgestattet werden und Abwasser- und Trinkwassersysteme in den Dörfern sollen verbessert werden.

Australien unterstützt den Gesundheitssektor der Salomonen bereits seit dem Jahr 2003. Mit logistischer und finanzieller Unterstützung gelang es in den vergangenen Jahren, die Müttersterblichkeit um zwei Drittel und die Kindersterblichkeit um die Hälfte zu reduzieren. Außerdem flossen die australischen Gelder in Ernährungsprogramme. So hat beispielsweise der Mehlproduzent *Delite Industries* im Rahmen einer Public Private Partnerschaft mit den Regierungen von Australien und den Salomonen sein Weizenmehl mit sechs überlebenswichtigen Vitaminen und Mineralien angereichert. (*Solomon Star 22.07.15, Solomon Star News 01.02.16*)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Die Salomonen haben am 19. Februar mit Pakistan diplomatische Beziehungen aufgenommen und dazu ein Partnerschaftsabkommen in der Hauptstadt Honiara unterzeichnet. Außenminister Milner Tozaka sagte, er erhoffe sich eine pro-aktive Zusammenarbeit der beiden Staaten. Der pakistanische Botschafter auf den Salomonen, Naela Chohan, erklärte, man wolle den Bildungssektor der Salomonen finanziell unterstützen sowie auch Programme zur guten Regierungsführung. (*Radio NZ Intern. 21.02.16, Daily Times 23.02.16*)

† Sir Peter Kenilorea

Ende Februar starb im Krankenhaus von Honiara im Alter von 72 Jahren Sir Peter Kenilorea, der erste Premierminister des unabhängigen Staates der Salomonen. Kenilorea wurde am 23. Mai 1943 auf der Insel Malaita geboren und zum Lehrer der *South Seas Evangelical Church* ausgebildet. Er war einer der Gründungsväter der *United Party*. Nach der Unabhängigkeit der Salomonen von Großbritannien am 7. Juli 1978 wurde er zum ersten Premierminister des unabhängigen Staates gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1981 und dann erneut von 1984 bis 1986 inne. Von 1988 bis 1989 und von 1990 bis 1993 war er Außenminister der Salomonen. Mitte der 90er Jahre leitete Kenilorea als Direktor für drei Jahre die Geschicke der *Forum Fisheries Agency* in Honiara. Er war auch nach seiner Pensionierung weiter in der Politik aktiv; von 2001 bis 2005 war er Sprecher des Parlaments und von 1998 bis 2003 Vorsitzender der Kommission zur Friedenskontrolle für Malaita Island, nachdem im Jahr 2000 dort Unruhen ausgebrochen waren.

Kenilorea wurde vielfach ausgezeichnet. Die britische Königin Elizabeth II. schlug ihn zum Rit-

ter. Die Volksrepublik China ehrte ihn mit ihrem höchsten Orden und die Universität von Queensland ernannte ihn zum Ehrendoktor. Er hinterlässt seine Frau Margaret und acht Kinder. (*Radio NZ Intern. 26.02.16, Flash d'Océanie 28.02.16, Wikipedia*)

Premiere bei der TAFTA

Georgina Lepping hat als erste Einwohnerin der Salomonen die Aufnahmeprüfung an der renommierten australischen Schauspielschule TAFTA (The Australian Film and Television Academy) bestanden. Für die sechsmonatige Ausbildung qualifizierte sich Lepping über Skype. Über diesen Internetdienst war Lepping verbunden mit John Orscik, dem Leiter der Schauspielschule. Ihre Prüfung bestand in der Aufführung von zwei Stücken, darunter auch Auszüge aus William Shakespeares *Winter's Tale*. Lepping sagte, sie habe dabei die Verse bewusst einmal mit einem englischen und das zweite Mal mit einem australischen Akzent rezitiert. (<http://tafta.com.au/>, PACMAS Blog online)

FIDSCHI

[Die Artikel in dieser Rubrik wurden geschrieben von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender des Pazifik-Netzwerks.]

Schlimmster Zyklon der Landesgeschichte fordert bis zu 50 Todesopfer

Am 22. Februar 2016 hat Zyklon *Winston* Fidschi getroffen. Unterschiedliche Medienberichte sprachen von mindestens 42 Todesopfern zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (28.2.2016), andere gingen bereits von mindestens 50 Opfern aus. Der Sturm gilt als der stärkste Zyklon, der Fidschi seit Beginn der Messungen jemals getroffen hat. Zahlreiche Siedlungen wurden nahezu vollständig zerstört, tausende Menschen befinden sich in Notunterkünften oder auf der Suche nach

vorübergehender Zuflucht in anderen Gegenden des Landes. Allein die Regierung betreut 45.000 obdachlos gewordene Menschen in 275 Notunterkünften. Hilfsorganisationen berichten, dass es in den betroffenen Regionen insbesondere an sauberem Trinkwasser und medizinischer Ausrüstung fehle. Der Wiederaufbau wird vermutlich viele Jahre in Anspruch nehmen.

Besonders schwer betroffen von dem Sturm war die Insel *Vanua Levu*, eine der beiden fidschianischen Hauptinseln, auf welcher etwa 130.000 Menschen leben. Luftaufnahmen, die von der neuseeländischen Luftwaffe aufgenommen wurden, zeigen ein kaum beschreibbares Ausmaß an Zerstörungen. Viele Siedlungen wurden praktisch dem Erdboden gleich gemacht. Die benachbarte Insel *Viti Levu* mit ihren etwa 580.000 Einwohnern und der Hauptstadt Suva war deutlich weniger von den Auswirkungen des Sturms betroffen. Auch hier wurde jedoch die Telekommunikationsinfrastruktur zerstört, umgestürzte Bäume versperrten zentrale Verkehrsverbindungen. Medien berichteten, dass insgesamt zu mindestens sechs kleineren Inseln die Kommunikation für mehrere Tage vollständig unterbrochen war. Zunächst hatten Experten befürchtet, dass der Zyklon genau auf die fidschianische Hauptstadt Suva treffen könnte, was möglicherweise vor allem in den weniger gut ausgebauten, jedoch dicht besiedelten Vororten der Stadt noch deutlich mehr Opfer hätte fordern können.

Die fidschianische Regierung beziffert den entstandenen Schaden derzeit auf rund 650 Millionen Fidschi-Dollar (ca. 280 Millionen Euro). Hinzu kämen etwa eine Milliarde Fidschi-Dollar (ca. 430 Millionen Euro) Ausfall an Einnahmen aus der Landwirtschaft allein in diesem Jahr.

Die fidschianischen Tageszeitungen *Fiji Times* und *Fiji Sun* berichten seit dem Unglück in zahlreichen Berichten über persönli-

che Schicksale. In mehreren Fällen wurden selbst die Evakuierungszentren, welche die fidschianische Regierung vor Beginn des Sturms in festen Gebäuden wie Schulen und Krankenhäusern eingerichtet hatte, zerstört. Zahlreiche Berichte sprechen von einer großen Solidarität im Land. Der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama gab der australischen Klimapolitik eine Mitschuld an der Katastrophe. Die Häufung extremer Stürme im Pazifik wird häufig mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht. Unter den atmosphärischen Bedingungen, welche den Zyklon begünstigten, befindet sich auch der anhaltende El Niño, der im Pazifik und anderen Weltregionen für Dürreperioden und überdurchschnittlich warme Meerestemperaturen sorgt. Experten bezeichneten den El Niño als „Motorraum“ von Zyklon „Winston“.

Ungeachtet der erneuten scharfen Töne Bainimaramas gegen Australien, arbeitet das Land nach dem Zyklon derzeit eng mit Australien und vor allem Neuseeland zusammen. Die Militärs beider Länder begannen bereits kurz nach dem Zyklon, erste Hilfsgüter nach Fidschi zu fliegen. Neuseeland hat mehrere Hubschrauber zur Verfügung gestellt, um medizinisches Personal, Helfer und Hilfsgüter in abgelegene Regionen zu bringen, die aufgrund der Zerstörungen über den Landweg kaum erreichbar sind. Es ist das erste Mal seit den unterkühlten Beziehungen zwischen den Ländern in Folge des Militärputsches in Fidschi im Jahr 2006, dass neuseeländische und fidschianische Soldaten gemeinsam in Fidschi eingesetzt wurden. Aus Indien traf ebenfalls bereits ein Sonderflugzeug mit Hilfsgütern in Fidschi ein.

Auch australische und neuseeländische Hilfsorganisationen wie die örtlichen Ableger von UNICEF oder des Roten Kreuzes haben mittlerweile Hilfsprojekte vor Ort gestartet. In Australien und Neuseeland wurde die Bevölkerung zu Spenden aufgerufen. Auch von Deutschland aus können

Spenden an die vor Ort tätigen Organisationen getätigt werden. Eine Liste mit möglichen Organisationen ist auf der Internetseite der Pazifik-Informationsstelle unter <http://www.pazifik-infostelle.org/news/7566291.html> abrufbar. Das Pazifik-Netzwerk e.V. informierte in einer Pressemitteilung über die Ausmaße des Zyklons *Winston* und rief auch in Deutschland zur Unterstützung der Opfer auf. Auch die fidschianische Regierung hat ein Spendenkonto eingerichtet, auf dem sie Spenden für die Opfer entgegennimmt, und versichert, dass die eingehenden Gelder vollumfänglich und umgehend an die Menschen in Not weitergegeben werden. Die Regierung forderte fidschianische Unternehmen zu Spenden auf, um die Wiederaufbaubemühungen zu unterstützen.

Kurz nach Zyklon *Winston* war zunächst von einem Todesopfer die Rede, in den folgenden Tagen schnellten die Todeszahlen in die Höhe. Dies stellt einen gegensätzlichen Trend zu Zyklon *Pam* dar, der fast genau ein Jahr zuvor verheerende Zerstörungen auf Vanuatu angerichtet hatte. Damals kamen mindestens 16 Menschen ums Leben. Direkt nach dem Sturm hatten die Medien damals über deutlich höhere Todeszahlen berichtet, diese aber später zurückkorrigiert. (*Fiji Sun* 23.2.16 – 28.2.16, *Fiji Government* 22.2.16 – 26.2.16, *New Zealand Herald* 23.2.16, 24.2.16, *ABC* 25.2.16, *Al Jazeera* 20.2.16, *SPIEGEL Online* 20.2.16, *Tagesschau* 21.2.2016, *Stern Online* 23.2.16, *Wikipedia*, persönliche Berichte bei Facebook, www.pazifik-netzwerk.org)

Menschenrechtsgruppen und Opposition warnen vor Ende der Demokratie

Nach einer mit der absoluten Regierungsmehrheit der Partei *Fiji First* beschlossenen Änderung der 2014 eingeführten Geschäftsordnung des fidschianischen Parlaments warnen Menschenrechtsgruppen und die fidschianische Opposition vor einer zunehmenden Missachtung von Minderheitsrechten und einer wei-

teren Unterdrückung der Oppositionsparteien. Während der Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung hatten die Oppositionsabgeordneten, welche die Änderung mit ihren Stimmen nicht mehr verhindern konnten, aus Protest das Parlament verlassen und die Abstimmung boykottiert. In einem gemeinsamen Statement bezeichneten sie die fidschianische Legislative als ein „Schlachthaus der Demokratie“ und eine „Farce“. Berichten zur Folge sollen die Oppositionspolitiker schwarze Binden als Zeichen der Trauer um den Tod der Demokratie in Fidschi getragen haben. Beide im Parlament vertretenen Oppositionsparteien haben angekündigt, einen dauerhaften Boykott des Parlaments zu erwägen.

Besonders kritisch betrachtet werden Änderungen der Geschäftsordnung zum Umgang mit Petitionen und dem Vorsitz des Haushaltskomitees des Parlaments. War es zuvor möglich, dass Petitionen direkt an ein zuständiges Komitee des Parlaments weitergeleitet wurden, benötigen sie nun die Unterstützung von 40 % der Abgeordneten im Parlament (20 von insgesamt 50 Abgeordneten), bevor sich das Parlament und seine Komitees weiter mit diesen Vorlagen befassen dürfen. Dieses Quorum verpassen die beiden derzeit im Parlament vertretenen Oppositionsparteien *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA, 15 von insgesamt Parlamentssitzen) und *National Federation Party* (NFP, 3 Sitze) um zwei Sitze. Somit ist es der Regierung in Zukunft möglich, aus der Bevölkerung kommende Petitionen nicht erst in einer Abstimmung, in der sie die absolute Mehrheit besitzen, zu verhindern, sondern schon bevor sie überhaupt im Parlament vorgebracht werden können. Der Vorsitzende des Koalition fidschianischer zu Menschenrechten arbeitender Nichtregierungsorganisationen, Tara Chetty, sagte, dies sei insbesondere ein Nachteil für bestimmte Wahlbezirke und Minderheitsgruppen, die sich nicht

von der Regierungspartei vertreten sehen würden und in der Vergangenheit ihre Anliegen zumindest durch Petitionen vor das Parlament bringen konnten. Er kritisierte auch weitere Änderungen der Geschäftsordnung, darunter die Streichung eines Passus, der bisher der Opposition den Vorsitz über das Parlamentskomitee für den öffentlichen Haushalt zusicherte. Damit sei ein wichtiges Mittel zur Kontrolle der Regierung gestrichen worden.

Die Opposition warf der Regierung vor, der Beschluss sei auf ungültige Weise zu Stande gekommen, da vor einer Parlamentsabstimmung das Geschäftsordnungskomitee des Parlamentes hätte aktiv werden müssen, in welchem die Oppositionsparteien aber durch Überzeugungsarbeit eine ausreichende Mehrheit der Regierung hätten verhindern können. Der Politiker Ratu Isoa Tikoca sagte, es sei ein sehr trauriger Tag für die Demokratie in Fidschi. Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum verteidigte den Beschluss und verwies auf die Verfassung, die dem Parlament das Recht gebe, die eigenen Regeln festzulegen und zu ändern. Er kritisierte außerdem den Oppositionspolitiker Biman Prasad, der bisher das Haushaltskomitee geleitet hatte, und warf ihm willkürliche Entscheidungen und laufende Weitergabe vertraulicher Informationen an die Medien vor. (*Radio New Zealand International* 19.1.16, 11.2.16, 17.2.16, *The Interpreter* 15.2.16)

Oppositionspartei NFP vorübergehend suspendiert

Die oppositionelle fidschianische *National Federation Party* (NFP) ist Anfang Februar für 30 Tage vom Registrierungsbüro für Parteien suspendiert worden. Die Suspendierung wurde für den angeblichen Bruch des *Political Party Decrees*, der vor den demokratischen Wahlen im Jahr 2014 eingeführt worden war, verhängt. Vorgeworfen worden war der Partei und ihren drei Abgeordneten

im nationalen Parlament ein Bruch des Gesetzes, weil sie ihre jährliche Finanzprüfung nicht wie vorgeschrieben von einem Rechnungsprüfer durchführen ließen, der vom *Fiji Institute of Accountants* zertifiziert war. Das fidschianische Parlament bestätigte die vorübergehende Suspendierung der Partei mit der Mehrheit der Regierungsfraktion und beschloss außerdem, dass auch die drei NFP-Abgeordneten ihr Mandat für die 30 Tage nicht wahrnehmen dürfen. Um Solidarität mit ihrem Juniorpartner zu beweisen, erwog auch die größte fidschianische Oppositionspartei SODELPA einen Boykott des Parlaments, entschied sich schließlich aber dagegen. Sie warf der Regierung vor, die Verfassung zu brechen und das Parlament mit der Abstimmung über die Suspendierung der drei Abgeordneten für politische Zwecke der Regierung zu missbrauchen. Neben der Suspendierung wurde die NFP aufgefordert, innerhalb von 60 Tagen eine neue Rechnungsprüfung durchzuführen, um eine Auflösung der Partei zu verhindern. Wie Tupou Draunidalo, einer der suspendierten NFP-Abgeordneten, bestätigte, sei eine neue Prüfung der Finanzen durch einen zertifizierten Gutachter durchgeführt worden. Dies sei jedoch kein Eingeständnis der Partei in den angeblichen Gesetzesbruch und man prüfe weiter, rechtliche Schritte einzuleiten, um die Suspendierung der Partei im Nachhinein für ungültig zu erklären. (*Radio New Zealand International* 19.2.16, *Fiji Sun* 5.2.16, 9.2.16, 11.2.16, *The Interpreter* 15.2.16)

Russische Waffenlieferung an fidschianisches Militär – Angeblich keine Pläne für Marinestützpunkt

Im Januar hat Russland Waffen Güter im Wert von insgesamt 8,8 Millionen US-Dollar (ca. 8 Millionen Euro) an das fidschianische Militär übergeben. Die Lieferung ist Teil eines Abkommens zwischen den Regierungen beider Länder. Bei den Waffen handelt

es sich um eine Spende gebrachten Equipments des russischen Militärs. Genutzt werden sollen die Waffen von fidschianischen Soldaten, die im Rahmen von UN-Blauhelm-Missionen auf den Golan-Höhen zwischen Israel und Syrien eingesetzt sind. Die außerparlamentarische oppositionelle *Fiji Labour Party* (FLP) kritisierte, das Abkommen, welches der Lieferung zu Grunde liege, sei nicht vom fidschianischen Parlament genehmigt worden. Für die Übergabe der Waffen reiste der in Australien sitzende und auch für Fidschi zuständige russische Botschafter Vladimir Morozov nach Fidschi, wo er auch an mehreren Gesprächen über ein mögliches bilaterales Abkommen zu Visaerleichterungen und zur Zusammenarbeit bei Sicherheit, Gesundheit und höherer Bildung teilnahm. Morozov sagte, Russland sehe Fidschi als einen führenden Partner in der Südpazifik-Region. Generalleutnant Nikolay Parshin, ein wichtiger russischer Beamter im Verteidigungsapparat, welcher der Übergabe der Waffen in Suva beiwohnte, dementierte jedoch aufgekommene Gerüchte, Russland plane die Errichtung eines Marinestützpunktes in Fidschi. Er sagte russischen Zeitungen, entsprechende Analysten, die dieses Gerücht verbreiteten, hätten ein besonderes Talent für Tagträume. (*Radio New Zealand International* 17.2.16, 19.2.16)

Fidschi eröffnet Botschaft in Äthiopien

Fidschi setzt seinen Kurs zur Aufnahme neuer diplomatischer Beziehungen fort. Im Januar eröffnete das Land eine neue Botschaft in Äthiopien. Die Botschaft soll die Vertretung des Landes bei der Afrikanischen Union, die ihren Hauptsitz in Äthiopien hat, und auf dem gesamten afrikanischen Kontinent übernehmen. Damit ersetzt die Botschaft in Äthiopien die bisherige Rolle der fidschianischen Botschaft in Südafrika, die nur wenige Jahre nach ihrer Eröffnung wieder geschlossen wird. Ob bei der Entschei-

dung gegen Südafrika jüngste Verstimmungen zwischen den Ländern über die Verwicklung eines südafrikanischen Diplomaten in einen Autounfall auf Fidschi (siehe unten) und der umstrittene Abgang des aus Südafrika stammenden früheren fidschianischen Polizeipräsidenten Ben Groenewald (siehe letzte Ausgabe der *pazifik aktuell*) eine Rolle gespielt haben könnten, bleibt unklar. Zum Botschafter in Äthiopien wurde Mosese Tikoitoga ernannt, der bis zu seinem überraschenden Abgang im vergangenen Jahr das fidschianische Militär geleitet hatte. Bereits damals war über eine Versetzung Tikoitogas auf einen wichtigen diplomatischen Posten spekuliert worden. (*Fiji Sun* 26.1.2016)

Südafrikanischer Diplomat stirbt nach tödlichem Autounfall und diplomatischen Verstimmungen

Bei einem Autounfall, der von einem offenbar alkoholisierten südafrikanischen Diplomaten ausgelöst worden sein soll, ist im vergangenen Oktober ein junger Mann in Fidschi getötet worden. Wie Medien nun berichteten, ist mittlerweile auch der Unfallfahrer verstorben, der sich bereits wieder in Südafrika aufgehalten habe. Die Todesursache wurde nicht bekannt gegeben, sie soll aber nicht im Zusammenhang mit dem Unfall wenige Monate zuvor stehen. Nach dem Unfall hatte es auf diplomatischer Ebene Streit zwischen Südafrika und Fidschi gegeben, welches die Aufhebung der Immunität des Diplomaten forderte, um diesen in Fidschi vor Gericht anklagen zu können. Zum Zeitpunkt des Todes des Diplomaten befanden sich die beiden Länder noch in Verhandlungen. Die Familie des Opfers fordert währenddessen von der südafrikanischen Botschaft in Fidschi Entschädigungszahlungen.

Südafrika hatte erst vor wenigen Jahren eine Botschaft in Fidschi eröffnet. In den Medien kommen

tiert wurde der aktuelle Fall auch von Ben Groenewald, dem früheren fidschianischen Polizeipräsidenten, der selbst aus Südafrika stammt und im vergangenen Jahr, nachdem er dem Militär Einmischung in die Polizeiarbeit vorgeworfen hatte, zurückgetreten war (siehe letzte Ausgabe der *pazifik aktuell*). (*Times Live South Africa* 12.2.16, *Independent Online* 13.2.16)

Neuer Botschafter in USA

Naivakaruruvbalavu Solo Mara ist seit Januar 2016 der neue fidschianische Botschafter in den USA. Er wurde Ende Januar persönlich vom amerikanischen Präsidenten Barak Obama im Weißen Haus in Washington begrüßt. Obama sagte, obwohl Fidschi angesichts der Größe des Pazifischen Ozeans nur ein kleines Land sei, spiele es doch eine herausragende Rolle als regionaler pazifischer Partner der USA. Fidschi habe sich mit Erfolg an weltweiten Friedensmissionen beteiligt und sich auch sehr bei den Klimaverhandlungen in Paris im Dezember letzten Jahres engagiert, betonte der Präsident.

Solo Mara war bis vor kurzem Berater bei der fidschianischen Botschaft in Brüssel. Von 2011 bis 2015 war er fidschianischer Botschafter in London sowie Botschafter für Deutschland, Dänemark, Israel und Irland. Mara hat internationale Beziehungen an der Universität von Japan studiert und mehr als 15 Jahre im Außenministerium von Fidschi in verschiedenen Positionen gearbeitet. (*Artikel von Julia Ratzmann. Fiji Times* 30.10.15, *Fijilive* 31.01.16)

VANUATU

Neuer Premierminister

Am 11. Februar ist der Ni-Vanuatu Charlot Salwai mit 46 von 52 Stimmen zum Premierminister von Vanuatu gewählt worden. Der erfahrene Politiker hatte in früheren Regierungen ver-

schiedene Ministerämter inne, u.a. war er Finanzminister, Bildungsminister, Handelsminister und Justizminister. Der frankophone Salwai stammt von der Insel Pentecost im Nordarchipel und ist Mitglied der *Union des Parties Modérés*. Er hat sich als Verfechter einer französisch geprägten Bildungspolitik einen Namen gemacht und sich u.a. für den Studierendenaustausch mit Frankreich eingesetzt. Außerdem ist er Präsident des Verwaltungsrates der katholischen französischsprachigen Schulen in Vanuatu. Salwai ist gelernter Wirtschaftsprüfer.

(*Flash d'Océanie* 14.02.16, <https://parliament.gov.vu/index.php/members/115-hon-charlot-salwai>)

Flughafenlandebahn wird repariert

Nachdem die australische Fluggesellschaft *Virgin Australia* Mitte Januar kurzzeitig die Flugverbindung von Brisbane zum internationalen Bauerfield Airport in Port Vila unterbrochen hatte aus Angst vor den Schlaglöchern in der Landebahn, soll der Flughafen schnellstmöglich mit einem Darlehen der Weltbank repariert und modernisiert werden. Die Weltbank hatte der Regierung von Vanuatu bereits im vergangenen Jahr 60 Millionen US-Dollar für die nötigen Reparaturen des Flugfeldes zugesagt.

Auch Air New Zealand und Quantas hatten kurzzeitig die Landung auf dem Bauerfield Flughafen verweigert. Deshalb war die Regierung Vanuatus unter Druck geraten, die zugesagten Weltbank-Gelder in Anspruch zu nehmen und die Landebahnen neu asphaltieren zu lassen.

Info: Der internationale Flughafen Bauerfield liegt nahe der Hauptstadt Port Vila. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Port Vila ab 1942 von den US-amerikanischen Streitkräften als wichtiger Luftwaffenstützpunkt im Pazifik genutzt, was auch den Namen des Flughafens erklärt.

(*Radio NZ Intern.* 29.01.16, <http://www.airports.vu/>)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

UN begleiten den Entkolonialisierungs- prozess

Vier Vertreter der Vereinten Nationen haben Ende Januar eine einwöchige Mission in Neukaledonien beendet. Dabei haben sie Abgeordnete des neukaledonischen Parlamentes getroffen und die Ankunft von 13 UN-Beobachtern und 13 französischen Richtern vorbereitet, die ab Mitte Februar für einen Zeitraum von mehreren Wochen nach Neukaledonien kommen werden, um die Überarbeitung der Wählerliste für die Provinzialwahlen und das – wahrscheinlich 2018 anstehende – Unabhängigkeitsreferendum zu überprüfen.

Der Besuch der UN-Vertreter war bei einer Zusammenkunft von Vertretern unterschiedlicher politischer Gruppierungen aus Neukaledonien und des französischen Staates im Juni 2015 im Rahmen der Konsultationen des Unterzeichnungs-Komitees des Vertrags von Nouméa 1998 verabredet worden.

Beim Unabhängigkeitsreferendum soll die neukaledonische Bevölkerung befragt werden, ob die bei Frankreich verbliebenen hoheitlichen Kompetenzen (d.h. Außenpolitik, Polizei, Verteidigung, Justiz und Währung) an Neukaledonien übergeben werden und das Land folglich zu einem souveränen Staat wird.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: *Nouvelle-Calédonie 1ère*, 23.1.2016

(<http://nouvelecaledonie.la1ere.fr/2016/01/23/la-mission-de-l-onu-en-nouvelle-caledonie-s-acheve-324709.html>), *Outremer 360°*, 23.1.2016

(<http://outremers360.com/politique/en-nouvelle-caledonie-lonu-prepare-le-referendum-de-2018/>)

Allgemeine Kriminalität um 20 % zugenommen, Gewalttaten um 17 %

Eine Sitzung des Oberlandesgerichts von Nouméa hat das Jahr 2015 mit einem schwerwiegenden Fazit beendet: Die allgemeine Kriminalität ist im Gerichtsjahr 2015 um 20 % angestiegen, die Zahl der Gewalttaten um 17 %.

Der Generalstaatsanwalt hat bei einer Pressekonferenz Ende Februar größte Entschlossenheit gefordert. Nach dem Jahreswechsel hat sich das Oberlandesgericht das erste Mal im neuen Jahr getroffen und seine Bilanz der neukaledonischen Regierung vorgelegt. Gleichzeitig wurden die Prioritäten für 2016 vorgestellt. Das Gericht fordert Strenge und Entschlossenheit, da es beunruhigende Indikatoren gebe: So habe die Kriminalität bei Jugendlichen um 29 % zugenommen. Im Vorjahr waren es „nur“ 24 % gewesen.

Andere Prioritäten stellen die Gefahren im Straßenverkehr, die Gewalt gegenüber Frauen und die Gewalt gegenüber Ordnungskräften dar. So wurden 2015 insgesamt 104 Gendarmen Opfer von Gewalt. Das Jahr 2015 wurde auch von zwei besonders schrecklichen Ereignissen geprägt: Der Mord an zwei Kindern durch ihren Vater in Païta und der Mord durch Ertränken an einem Rentner in Nouméa.

In der Gemeinde Poum haben am Mittwoch, den 24. Februar 2016, 150 Personen gegen das auch in ihrem Ort zunehmende unsoziale Verhalten protestiert. Aufgerufen zu dem Protestmarsch hatten die Gemeindeverwaltung, die Kanak-Ältesten und die Angestellten des örtlichen Gesundheitsamtes. Bereits im Januar wurde im Gesundheitsamt eingebrochen und das Amt Opfer von Diebstahl. Mitte Februar wurde beim ortsanässigen Arzt EDV-Material entwendet. In den vergangenen Wochen kam es zudem immer wieder zu physischen Übergriffen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-

Vorstandsmitglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: *Calédonie 1ère*, 24 und 25.2.2016,

<http://nouvelecaledonie.la1ere.fr/2016/02/24/poum-operation-village-mort-334801.html>;
<http://nouvelecaledonie.la1ere.fr/2016/02/25/la-delinquance-generale-augmente-de-20-et-les-faits-de-violences-volontaires-de-17-en-2015-335231.html>)

MIKRONESIEN

Regierung zeichnet Ethnologen aus

Palau: Der palauische Präsident Tommy Remengesau hat den tschechischen Ethnologen und Sachbuchautor Miloslav Stingl mit einer Urkunde für die besonderen Verdienste des Ethnologen um die Beschreibung der mikronesischen Kulturen bedacht. Der 85-jährige Stingl erhielt die Auszeichnung anlässlich seines Geburtstages im Dezember 2015 aus den Händen des tschechischen Botschafters für Palau, Jaroslav Olsa, in der Botschaft in Prag.

Info: Der 1930 in Bilina geborene Stingl beschäftigte sich schon während seines Studiums mit den Kulturen Mikronesiens. Er studierte Völkerkunde, Archäologie und Jura und promovierte in Ethnologie und in den Rechtswissenschaften. Später unterrichtete er als Professor an der Karlsuniversität in Prag. Zeit seines Lebens unternahm Stingl Reisen in rund 150 Länder. Er veröffentlichte mehr als 40 Bücher, die in 20 Sprachen übersetzt wurden. In seinen Büchern verbindet Miloslav Stingl persönliche Erlebnisse mit der Vermittlung von Wissen über das Leben, die Bräuche und die Traditionen der Völker. Diese bunte Mischung kommt bei den Lesern gut an, denn seine Bücher erschienen in einer Auflage von 18 Millionen Exemplaren. Allein neun Bücher widmete er seinen Reisen durch den Pazifik. Bereits 1976 erschien ein 500 Seiten starkes Werk über die Völker des Pazifiks mit einem eigenen Kapitel zu Palau. Stingls populärwis-

senschaftlicher Schreibstil und die interessanten Illustrationen und Fotos in seinen Büchern verhalfen der ethnologischen Literatur auch zum Durchbruch in außer-universitären Kreisen.

Präsident Remengesau ehrte Stingl dafür, die Ethnographie Palaus einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht zu haben.

(*Marshall Islands Journal* 29.01.16, *Wikipedia*, *Amazon Bücher*)

Tourismusboom in Guam

Guam: Im Jahr 2015 besuchten 1,4 Millionen Touristen Guam - so viele wie nie zuvor. 427.900 Besucher kamen aus Südkorea, das sind 39 % mehr Besucher aus diesem Land als in 2014. Trotz eines Besucherrückgangs von 4,7% kamen immerhin noch 773.019 japanische Touristen nach Guam. Knapp 24.000 Menschen reisten aus China an.

Gouverneur Eddi Calvo bedankte sich bei der Tourismusbehörde für das große Engagement bei der Bewerbung Guams als Touristenziel auf dem panasiatischen Markt. (*Pacific Daily News* 15.01.16)

MARSHALL-INSELN

Erste Präsidentin gewählt

Dr. Hilda Heine ist die erste Frau an der Spitze der Marshall-Inseln. Sie wurde am 27. Januar 2016 mit 24 von 30 Stimmen (bei drei abwesenden Parlamentariern) zur Präsidentin gewählt. Vorausgegangen war der Wahl ein Misstrauensvotum gegen Casten Nemra, der erst eine Woche zuvor zum siebten Präsidenten der Marshall-Inseln gewählt worden war.

Dr. Hilda Heine vom Atoll Aur (geb. 06. April 1951) ist die erste Frau mit Dokortitel auf den Marshall-Inseln. Sie war zuvor Bildungsministerin. Heine gründete im Jahr 2000 die Frauenrechtsorganisation *Women United*

Together Marshall Islands, ein Zusammenschluss von Geschäftsfrauen zur Förderung von Frauen in Politik und Gesellschaft.

Die parteilose Heine studierte Lehramt in Oregon (USA), Hawaii und Kalifornien. Sie arbeitete von 1975 bis 1982 als Beratungslehrerin an der *Marshall Islands High School* in Majuro. Heine gehört zu einer der einflussreichsten Familien auf den Inseln. Ihr Bruder Wilbur und ihr Mann Thomas sind Minister im Kabinett. Hilda Heine ist verheiratet mit Thomas Kijiner, das Paar hat vier erwachsene Kinder, darunter auch die Tochter Kathy Jetnil-Kijiner, eine bekannte Poetry-Slammerin, die mit ihrem Auftritt bei den Vereinten Nationen und ihrem ihrer sieben Monate alten Tochter Matafele Peinem gewidmeten Gedicht zu den Auswirkungen des Klimawandels weltweit für Aufsehen sorgte. (*Radio NZ Intern.* 27.01.16, *Marshall Islands Journal* 29.01.16, *Marianas Variety online*)

Notstand ausgerufen

Die Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilde Heine, hat Anfang Februar wegen der andauernden Dürre auf den Inseln den nationalen Notstand ausgerufen und angekündigt, diesen bis Mai oder Juni zu verlängern. Die Atolle sind extrem von Wasserknappheit betroffen, da es wegen des El-Niño-Wetterphänomens seit Dezember nicht mehr geregnet hat. Das Trinkwasserreservoir für die Stadt Majuro ist bereits zu einem Drittel geleert. Heine befürchtet einen Totalausfall der Ernte, Nahrungsmittelmangel sowie den Ausbruch von Krankheiten durch von Mücken verseuchtes stehendes Brackwasser.

Als erste Hilfsmaßnahme hat die Regierung der Marshall-Inseln bereits Salzwasseraufbereitungsanlagen auf sechs Außenatolle gebracht. Sie will auch weitere Atolle mit den modernen Anlagen versorgen. (*Marshall Islands Journal*, 12.02.16)

Organisation setzt sich für Atomtestopfer ein

Mitte Dezember hat sich in Majuro die Selbsthilfegruppe *Radiation Exposure Awareness Crusaders for Humanity - Marshall Islands* (REACH-MI) gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen 40 Menschen im Restaurant *Sandy's* teil. Zur Präsidentin wurde Rosania Bennett gewählt, Vizepräsidentin wurde Ellen Milne-Paul. Der Gruppe geht es vor allem darum, die Erinnerung an die 67 amerikanischen Atombombentests auf den Atollen Bikini und Enewetak zwischen 1946 und 1958 aufrechtzuerhalten und die junge Generation über die gesundheitlichen Spätfolgen dieser Tests aufzuklären. Am 1. März dieses Jahres jährt sich die Evakuierung des Bikini-Atolls wegen des ersten amerikanischen Tests dort zum 70. Mal. Man werde diesen so genannten „Nuclear Day“ begehen, hieß es seitens REACH-MI.

Bei der Gründungsveranstaltung sprach der Rechtsanwalt Bill Graham, der 21 Jahre lang für das *Nuclear Claims Tribunal* tätig war. Er lobte das Bemühen der jungen Gruppe, die Erinnerung an die fatalen Tests wachzuhalten. Kathy Jetnil-Kijiner, eine bekannte Poetry-Slammerin und Tochter der jetzigen Präsidentin Dr. Hilda Heine, trug das Gedicht „History Project“ vor, das sie im Alter von 15 Jahren für einen Schulwettbewerb über die Folgen der Atomtests geschrieben hatte. (*Marshall Islands Journal* 18.12.15, REACH-MI auf Facebook)

Jaluit Atoll gewachsen

Das Atoll Jaluit ist trotz der Auswirkungen eines Taifuns im Jahr 1958 gewachsen und hat sich vergrößert. Das haben jetzt die an der *University of Auckland* (Neuseeland) ansässigen Forscher Dr. Murray Ford und Dr. Paul Kench herausgefunden. Sie verglichen dazu Luftaufnahmen von 87 der insgesamt 91 Inseln im Atoll und stellten fest, dass

sich in den Jahren zwischen 1976 und 2006 die Landfläche von 73 Inseln vergrößert hatte. Nur 14 Inseln verkleinerten sich.

Im Jahr 2006 verfügte das Atoll über eine Gesamtlandfläche von 10,25 Quadratkilometern und war damit größer als in den Jahren vor 1958 (9,95 qkm). Als Referenzrahmen für ihre Messungen nahmen die Wissenschaftler das Jahr 1958. Am 7. Januar dieses Jahres hatte der Taifun *Ophelia* Jaluit verwüstet. 16 Menschen starben und über ein halber Quadratkilometer an Landfläche ging im Nordosten des Atolls verloren.

In ihrer im amerikanischen Journal *Geology* veröffentlichten Studie kommen die beiden Geomorphologen zu dem Ergebnis, dass Stürme Landflächen nicht nur verringern können, sondern auch vergrößern, indem durch hohe Wellen lose gewordenes Korallenkalkgestein an Land gespült wird und sich dadurch die Landfläche an den Küstenlinien der Inseln ausdehnt. Auch von den vorgelagerten Riffen an der Außenseite des Atolls können sich bei schweren Stürmen mit hoher See Sedimente lösen und sich an den Inseln im Atollring anlagern.

Info: Das Atoll Jaluit gehört als Teil der Ralik-Kette (Sonnenuntergangs-Inseln) zur Republik der Marshall-Inseln. Die Lagune des Atolls schließt mehr als 690 km² ein und besteht überwiegend aus Korallenbänken. Hauptinsel ist Jabor an der Südostdurchfahrt der Lagune. Dort leben rund 1.800 Menschen. (*Marshall Islands Journal* 05.02.16, <https://unidirectory.auckland.ac.nz/people/m-ford>, <http://www.radionz.co.nz/international/pacific-news/274776/pacific-atolls-changing,-not-sinking-academic>)

Junge Marshallerin in Paris und Neuendettelsau

Zur Delegation der Marshall-Inseln bei der Klimakonferenz im Dezember vergangenen Jahres in Paris gehörte als jüngstes Mit-

glied und als einzige Schülerin auch Selina Neem von den Marshall-Inseln. Sie traf sich in Paris mit den „Climate Warriors“, einer Gruppe von Pazifikinsulanern, die sich gegen den Klimawandel engagiert unter dem Motto „*We are not drowning, we are fighting*“.

Neem sprach im Rahmen der Klimakonferenz mit Medienvertretern aus aller Welt, um über das Schicksal der stark vom Klimawandel bedrohten niedrigen gelegenen Atolle der Marshall-Inseln zu informieren. Außerdem sprach sie bei der letzten Plenarsitzung der Konferenz vor tausenden von Zuhörern kurz bevor das neue Klimarahmenabkommen von den 196 anwesenden Nationen verabschiedet wurde. Neem erhielt für ihre sehr persönliche Ansprache, in der sie u.a. Bezug auf die Weisheiten ihres Großvaters nahm, stehenden Applaus. Zur Verdeutlichung ihrer Rede hatte sie das Blatt einer Kokosnuss mit in den Plenarsaal gebracht und angemerkt, sie hoffe, dass auch noch ihre Kinder und Enkelkinder dieses Kokosnussblatt auf den Pazifikinseln sehen könnten. Zur Erinnerung hatte Neem auch einige Kokosnussblätter im Sitzungssaal auf den Tischen verteilt und die Konferenzteilnehmer gebeten, dieses Blatt als Mahnung mit in ihre Heimatländer zu nehmen.

Info: Selina Neem ist Schülerin des *United World College (UWC)* in Freiburg im Breisgau. Die 16-Jährige wird im kommenden Jahr dort das internationale Abitur ablegen. Neem bekommt ein Schulstipendium und hat sich als einzige Marshallerin für das Studium am renommierten *UWC Robert Bosch College*, einem von 15 Schulen weltweit, lernen derzeit 200 Schüler aus 88 Nationen. In den zwei Jahren ihres Studiums sollen die Schüler durch Kulturaustausch Vorurteile abbauen und sich weltweit für den Frieden und die Völkerverständigung einsetzen. Dazu teilen sich jeweils vier Personen aus vier Nationen ein gemeinsames Zimmer. Unter-

richtssprache ist Englisch, der Abschluss ist ein international anerkanntes Abitur, das die Hochschulreife bestätigt.

Mitte Februar nahm Selina Neem auch an der Jahrestagung des Pazifik-Netzwerkes im fränkischen Neuendettelsau teil und teilte dort ihre Pariser Eindrücke mit den rund 50 Teilnehmenden des Seminars „Unabhängigkeitsbewegungen im Pazifik“. (*Marshall Islands Journal* 11.12.15, 18.12.15, *Gespräch mit Selina Neem am 13.02.16*, <http://www.uwcrobertboschcollege.de/ueberuns/uwc-bewegung>)

Neue Botschafterin

Karen Stewart ist neue amerikanische Botschafterin auf den Marshall-Inseln. Sie folgt Tom Armbruster. Stewart steht seit 1977 in diplomatischen Diensten der USA. Sie war u.a. in Thailand, Sri Lanka und Pakistan stationiert. Von 2006 bis 2008 war sie Botschafterin in Belarus, von 2010 bis 2013 Botschafterin in Laos. Ab 2013 arbeitete sie in Washington im Personalamt der Regierung. (*Marshall Islands Journal* 15.01.16), <http://www.state.gov/m/dghr/coc/2015/249949.html>)

KIRIBATI

Ehrung für Präsident Tong

Der Direktor der regionalen Umweltschutzorganisation SPREP (*Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme*), Kosi Latu, hat den scheidenden Präsidenten von Kiribati, Anote Tong, mit einem Preis für herausragendes Engagement gegen den Klimawandel geehrt. Tong wurde im Rahmen der Konferenz „In the Eye of the Storm: Pacific Climate Change Conference 2016“ an der Victoria University of Wellington (Neuseeland) mit dem neu geschaffenen Titel *Pacific Champion on Climate Change* ausgezeichnet. Latu sagte, Tong sei weltweit als wichtige regionale Stimme des Pazifiks wahrge-

nommen worden. Nun gelte es, die von Tong geknüpften Beziehungen und Netzwerke auch nach dessen Rücktritt weiter zu nutzen.

Anoto Tong hat die per Verfassung von Kiribati festgelegten maximal drei Amtszeiten à vier Jahren absolviert und tritt zum 1. März zurück.

(<https://www.sprep.org/general-news/sprep-pacific-champion-on-climate-change-president-anoto-tong>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Illegale Waffen zerstört

Samoa: Die von der samoanischen Polizei im vergangenen November ausgerufene „Waffen-Amnestie“ hat zur Abgabe von 500 illegalen Waffen geführt. Mit logistischer Unterstützung der *Australian Federal Police* hatte die samoanische Polizei dazu aufgerufen, alle illegalen Waffen bei der Polizei abzugeben. Dafür war den Waffenbesitzern Anonymität und Straffreiheit zugesichert worden. Mitte Januar versammelten sich jetzt Mitarbeiter der samoanischen und australischen Polizei am Hafen in Apia, wo Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi nach einer kurzen Rede die 500 gesammelten Waffen unbrauchbar machte und sie anschließend symbolträchtig im Meer versenkte. (*Samoa Observer* 15.01.16)

Samoisch jetzt bei Google

Samoa: Seit Mitte Februar ist Samoanisch (Fa'asamoa) offiziell in die Übersetzungsliste der Online-Suchmaschine Google aufgenommen worden. *Google Translate* übersetzt hier vom Engli-

schen ins Samoanische und umgekehrt. Mit Samoanisch ist erst die zweite Sprache eines unabhängigen pazifischen Staates in das Übersetzungstool aufgenommen worden. Bereits seit 2013 übersetzt Google das *Te Reo Maori*, die Sprache der Ureinwohner Neuseelands.

Ein Sprecher von Google erklärte, mit der Aufnahme des Samoanischen wolle man vor allem den vielen im Ausland lebenden Samoanern helfen, ihre Muttersprache nicht zu verlernen. Allein in der neuseeländischen Stadt Auckland leben nach jüngsten Angaben 144.000 gebürtige Samoaner.

Info: Mit der Aufnahme von 13 neuen Sprachen im Februar des Jahres, u.a. dem schottischen Keltisch, dem Xhosa und dem Hawaiianischen, ist nun die Übersetzung in 103 Sprachen über *Google Translate* möglich.

(*New Zealand Herald* 19.02.16, <http://9to5google.com/2016/02/17/google-translate-13-languages/>)

Bank eröffnet Filiale

US-Samoa: Die *Australian-New Zealand-Bank* (ANZ) hat einige Jahre nach der Schließung einer Filiale auf der Insel Ta'u (Manu'a-Inseln) zum 1. März erneut eine Bankfiliale eröffnet. Bisher mussten die Bewohner der Manu'a-Inseln zur rund 100 Kilometer westlich gelegenen Hauptinsel Tutuila fliegen, um dort ihre Bankgeschäfte tätigen zu können. Sean Stratton, der Direktor der ANZ-Abteilung für die pazifischen Inselstaaten, sagte, die Wiedereinführung von zumindest Bankterminals auf Ta'u koste zwar sehr viel Geld, sei aber kundenfreundlich. Man habe durch Kundenbefragungen herausgefunden, dass die Einwohner sich dringend wieder eine Vor-Ort-Filiale der ANZ wünschten.

Info: Die vier Manu'a-Inseln sind vulkanischen Ursprungs und berühmt für ihre spektakuläre, üppig bewachsene Berglandschaft und

ihre Sandstrände. Auf den vier Inseln leben ca. 1.400 Menschen. (*Radio NZ Intern.* 29.02.16, *Wikipedia*)

† Ian David George

Cook-Inseln: Am 8. Februar starb in Rotorua (Neuseeland) der Künstler und Kunstlehrer Ian David George nach zweijähriger Krankheit. Der renommierte Maler hatte mit seiner Frau, der Künstlerin Kay, in dem Dorf Aorangi die pazifikweit bekannte Galerie *The Art Studio Gallery* aufgebaut, die sich schnell zum Zentrum zeitgenössischer pazifischer Kunst entwickelte. Die Georges empfangen in ihrer Galerie Künstler aus aller Welt und organisierten Ausstellungen und künstlerische Events. Ian George war seit dem Jahr 2002 „Visual Arts Adviser“ für das Bildungsministerium der Cook-Inseln, außerdem unterrichtete er Kunst am Lehrerausbildungsseminar.

George war als Sohn von Eltern aus Rarotonga und Atiu in Neuseeland geboren worden. Mit seiner Ehefrau zog er später nach Aorangi (Cook-Inseln), wo das Künstlerehepaar die Galerie eröffnete und vier Kinder großzog. Ian George arbeitete überwiegend mit Öl auf Leinwand, fertigte jedoch auch Skulpturen aus Holz und Stein sowie Objekte aus Stoffen.

(<http://www.art-warning-the-world.net/#!/cook-islands--ian-george/cm29>, *Cook Island News* 09.02.16), <http://www.tautai.org/artist/ian-george/>)

Bau eines Schutzwalls

Cook-Inseln: Die Regierung der Cook-Inseln hat den Bau eines 50 Meter langen Schutzwalls rund um den Brychyard-Friedhof angeordnet. Ziel der rund 200.000 US-Dollar teuren Baumaßnahme ist der Schutz des Friedhofes vor dem Anstieg des Meeresspiegels. Der Friedhof ist bereits bei Flutwellen mehrfach überspült worden, einige Grabsteine stürzten um oder wurden ins Meer gerissen.

Info: Der Brychyard-Friedhof ist benannt nach dem tschechischen Krebsexperten Milan Brych (Jahrgang 1939), der 1968 nach Neuseeland ausgewandert war. Wegen einer Anklage auf widerrechtliche Nutzung des Arzttitels und das Praktizieren ohne abgeschlossenes Medizinstudium musste er Neuseeland verlassen. Er reiste deshalb 1977 nach Rarotonga aus, wo er seine umstrittene Krebstherapie weiter anbot. Viele seiner Patienten folgten ihm nach Rarotonga. 74 Verstorbene wurden auf dem nach ihm benannten Friedhof beigesetzt. Brych praktizierte ab 1980 in Los Angeles, flog aber auf und erhielt eine sechsjährige Haftstrafe. Drei Jahre davon saß er ab, dann verliert sich seine Spur.

Inzwischen haben Angehörige der auf dem Friedhof beigesetzten Personen auf Facebook eine Spendenkampagne zur Rettung des Friedhofs gestartet. (*Cook Islands News* 29.10.15, *Radio NZ Intern.* 22.02.16, <https://www.facebook.com/savethebrychyardcemetery/>, *Wikipedia*)

Mangelnde Diversität

Niue: Parlamentsmitglied Terry Coe hat die mangelnde Diversität im staatlichen Fernsehprogramm von Niue, *Television Niue*, bemängelt. Das Programm wiederhole sich ständig, es liefen nur Serien in Endlosschleife. Es mangle an qualitätsvollen Inhalten. Es gäbe zwar die Möglichkeit, auf Sender aus Neuseeland und Australien auszuweichen, aber das staatliche Fernsehen bedürfe dringend einer Reform, betonte Coe. *Television Niue* sendet täglich zwischen 18 und 23 Uhr Programme in Englisch und Niueanisch. Die Inhalte werden zugelifert von *Television New Zealand*. (*Radio NZ Intern.* 03.02.16, *Wikipedia*)

FRZ.-POLYNESIEN

[Alle Artikel zu Frz.-Polynesien und Hawai'i stammen von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu/Hawai'i.]

Fritch gründet neue Regierungspartei

Die seit anderthalb Jahren andauernde Spaltung der profranzösischen Partei *Tahoeraa Huiraatira* („Versammlung des Volkes“), die auf einen Machtkampf zwischen dem Parteigründer Gaston Flosse und seinen ehemaligen Schwiegersohn und designierten Nachfolger, dem jetzigen Präsidenten des Landes Edouard Fritch zurückgeht, wurde am 20. Februar durch die formelle Gründung einer neuen Regierungspartei endgültig abgeschlossen.

Bereits im Mai 2015 hatten Fritchs Anhänger in der Landesversammlung eine neue Fraktion mit dem Namen *Tapura Huiraatira* („Liste des Volkes“) gegründet und waren daraufhin von Flosse aus der *Tahoeraa* ausgeschlossen worden. Fritch dagegen hatte sich geweigert, von seinem Posten als stellvertretender Parteivorsitzender zurückzutreten und stattdessen versucht, durch eine Art Putsch die Partei von innen her zu übernehmen und Flosse seinerseits auszuschließen, was aber scheiterte.

Indessen arbeitete Fritch daran, mehr Unterstützung für seine Regierung zu gewinnen. Die ebenfalls im Mai 2015 gegründete Regierungskoalition mit der bisherigen Oppositionspartei *A Tia Pōrinetia* („Steh Auf, Polynesien,“ ATP) unter Teva Rohfritsch hatte zunächst nur eine Minderheit der Abgeordneten hinter sich und war auf eine Tolerierung der die Unabhängigkeit anstrebenden Oppositionsfraktion *Union Pour La Démocratie* (UPLD) unter Oscar Temaru angewiesen, wobei gleichzeitig die jederzeit rechnerisch mögliche Mehrheitsbildung zwischen letzterer und Flosses „Rest“-*Tahoeraa* wie ein Damok-

lesschwert über Fritchs Präsidentschaft hing.

Im Laufe der letzten Monate gelang es Fritch allerdings, mehrere Abgeordnete der „Rest“-*Tahoeraa* sowie eine Abgeordnete der UPLD durch im lokalen Kontext übliche bestechungsähnliche Angebote - wie z.B. Regierungsposten für deren Verwandte oder Subventionen an von diesen regierte Gemeinden - von einem Übertritt zur *Tapura* zu überzeugen, so dass die *Tapura*-ATP Koalition seit November 2015 eine knappe Mehrheit von 29 Sitzen hinter sich hat.

Nachdem die Regierungsmehrheit somit gesichert war, bereiteten Fritch und Rohfritsch in den letzten Monaten die Fusion der beiden programmatisch nahezu identischen Fraktionen zu einer neuen Partei vor. Am 20. Februar fand schließlich in der Kongresshalle der Gemeinde Pirae, deren Bürgermeister Fritch ist, der von mindestens 8.000 Delegierten besuchte Gründungsparteitag der neuen Partei statt. Der Name *Tapura Huiraatira* wurde für die Gesamtpartei übernommen, die Parteifarbe ist rot.

Programmatisch steht die Partei für ein Fortbestehen der Abhängigkeit von Frankreich unter dem derzeitigen Teilautonomie-Statut, während sie behauptet, für mehr Transparenz, Ehrlichkeit, Reformen und Innovation einzutreten als dies unter Flosse der Fall war. Letzteres klingt eher plakativ und starke Zweifel an der Ehrlichkeit dieser Behauptungen sind angebracht, da die Methoden der Mehrheitsbildung im Parlament sich in keinerlei Hinsicht von den Manövern früherer Regierungsmehrheiten unterscheiden, und außerdem der Führungszirkel der neuen Partei fast ausschließlich aus alten Kadern der *Tahoeraa* besteht. Dies verwundert nicht, denn sowohl Fritchs bisherige Fraktion als auch die ATP sind nichts anderes als Abspaltungen der *Tahoeraa* aus Gründen persönlicher Differenzen mit Flosse. Eine wirklich auf Innovation und

Reformen bedachte unverbrauchte politische Bewegung lässt seit Jahren auf sich warten. (*Pacific Islands Report, Tahiti-Infos*)

Hollande sendet bei Staatsbesuch positive Signale

Am 22. Februar besuchte der französische Staatspräsident François Hollande Tahiti. Dies war der erste Besuch eines französischen Staatschefs seit Jacques Chiracs mehrtägigem Besuch vor dreizehn Jahren.

Nachdem Hollande während der letzten Jahre viele Einwohner Französisch-Polynesiens vor den Kopf gestoßen hatte, als er und seine Regierung sich vehement gegen die Wiedereinschreibung des Landes auf die Entkolonisierungsliste der UNO stellten, obwohl er selbst zuvor als Vorsitzender der sozialistischen Partei schriftlich zugesagt hatte, dieses Anliegen zu unterstützen, sendete er nun bei seinem Besuch zwei entscheidende positive Signale.

Bezeichnend war seine Geste, einen Kranz am Grab des von der französischen Kolonialadministration zu unrecht inhaftierten Nationalhelden Pouvanaa a Oopa (1895-1977) in Anwesenheit seiner Nachfahren niederzulegen. Unter Bruch des normalen Protokolls tat Hollande dies sogar als ersten offiziellen Akt im Lande, noch vor der traditionellen Kranzniederlegung am Ehrenmahl für die in französischen Kriegen gefallenen einheimischen Soldaten.

Zweitens ging Hollande, in starkem Kontrast zu all seinen Amtsvorgängern, auf die an ihn gestellten Forderungen von Vertretern von *Moruroa e Tatou* und anderer Atomtestopferverbände ein und kündigte in seiner Rede an, das seit 2010 existierende, aber bislang praktisch wirkungslose, Gesetz zur Entschädigung von Atomtestopfern (das so genannte *Loi Morin*) per Dekret so zu modifizieren, dass alle Opfer eine angemessene Entschädigung erhalten können. Außerdem

kündigte er die Bereitstellung weiterer technischer und finanzieller Mittel zur Aufarbeitung der durch die von 1966 bis 1996 stattfindenden Tests verursachten Schäden und zur weiteren Säuberung verstrahlter Orte an. Er gab ohne Einschränkungen zu, dass die Atomtests schwerwiegende gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Folgen haben, die dem Land bis heute zusetzen, und dass Frankreich in der Pflicht sei, diese Probleme zu beheben. (*Pacific Islands Report, Tahiti-Infos*)

HAWAI'I

† Kekuni Blaisdell (1925-2016)

Am 12. Februar verstarb der hawaiische Arzt, Professor der Medizin und Unabhängigkeitsaktivist Richard Kekuni Akana Blaisdell im Alter von 90 Jahren in Honolulu an den Spätfolgen eines Schlaganfalls.

Blaisdell wurde am 11. März 1925 in Honolulu geboren und wuchs in den Stadtvierteln Kaimukī und Waikīkī (damals noch ländlich, heute das von Hotelhochhäusern übersäte Strandviertel) auf. Seine Großmutter war eine der Adoptivtöchter von Hawaiis letzter Königin Lili'uokalani (Regierungszeit 1893-1917) und heiratete später einen Amerikaner deutscher Abstammung namens Pilz. Väterlicherseits stammt er von der chinesisch-hawaiischen Familia Akana ab, wurde aber in seiner Jugend von seinem Stiefvater adoptiert, dessen prominenten Nachnamen Blaisdell er deswegen trägt. Sein Stiefvater war ein Cousin des langjährigen Bürgermeisters von Honolulu Neal Blaisdell (Amtszeit 1955-1969).

Während er die Ende des 19. Jahrhunderts von Prinzessin Pauahi gestiftete Kamehameha-Schule für Kinder einheimisch hawaiischer Abstammung besuchte, wurde einer seiner Lehrer, Donald Kilolani Mitchell, auf den besonders intelligenten Schüler aufmerksam und förderte

ihn. Die Kamehameha-Schule, wie alle Institutionen vom US-amerikanischen Okkupationsregime gleichgeschaltet, trimmte damals all ihre Schüler darauf, handwerkliche Berufe zu erlernen während nur die Schüler der Punahou-Privatschule, d.h. Kinder der Missionarsfamilien und anderer elitärer weißer Amerikaner, auf ein Studium vorbereitet wurden. Obwohl Blaisdell deswegen zunächst eine Elektrikerlehre absolvieren musste, setzte sich Mitchell dafür ein, dass er nach Absolvierung der Lehre Medizin studieren konnte, was er schließlich an der Universität von Chicago auch tat. Nach dem Studium blieb er in Chicago und arbeitete dort als Professor für Innere Medizin. Er lernte dort auch seine Frau Irene Saito, eine ebenfalls aus Hawai'i stammende Krankenschwester kennen.

Zuvor hatte er jedoch mehrere Praktika im Ausland absolviert, und zwar zunächst als Militärarzt im Koreakrieg, dann in Taiwan und Japan. In Japan war er Teil eines Teams von Ärzten, die die Folgen der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki erforschten. In diesem Zusammenhang adoptierte er einen kleinen Jungen, den der Atomangriff zum Kriegswaisen gemacht hatte.

Im Jahr 1966 kehrte er mit seiner Frau, Tochter und Adoptivsohn nach Hawai'i zurück, um den ersten Lehrstuhl an der neugegründeten medizinischen Fakultät der Universität von Hawai'i zu besetzen, den er jahrzehntelang innehatte, bis er 2010 in den Ruhestand ging. Schwerpunkt seiner dortigen Forschungsarbeit waren die durch Fehlernährung unter hawaiischen Ureinwohnern gehäuft auftretenden Gefäß- und Herzerkrankungen. Blaisdell wurde dadurch auf die insgesamt miserable sozio-ökonomische Situation der Ureinwohner aufmerksam und verfasste mehrere wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Aufsätze, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Darin empfahl er eine Abkehr vom amerikanischen

Fast-Food-Konsum und eine vermehrte Verwendung traditioneller hawaiischer Nahrungsmittel wie Taro, einheimischer Gemüsesorten und rohem Fisch. Des Weiteren setzte sich Blaisdell auch dafür ein, die traditionelle hawaiische Medizin (Lā'au Lapā'au) als ernsthafte Alternative bzw. Ergänzung zur westlichen Schulmedizin anzuerkennen, was inzwischen vermehrt auch so praktiziert wird. Durch diese innovativen und visionären Ideen, sowie die Tatsache, dass er einer der ersten einheimischen Ärzte überhaupt und der erste einheimische Medizinprofessor im universitären Bereich war, gilt Blaisdell als „Vater der modernen hawaiischen Medizin.“

Seine Beschäftigung mit gesundheitlichen und den diese verursachenden sozio-ökonomischen Problemen der einheimischen Bevölkerung Hawai'is weckten darüber hinaus Blaisdells Interesse an kulturellen und politischen Fragen. Er lernte die hawaiische Sprache und studierte in seiner Freizeit alle Details der Geschichte seines Landes. Mit seinem immer breiteren Fachwissen in diesen Bereichen war er bald nicht nur als professioneller Mediziner, sondern auch als Autodidakt der Geisteswissenschaften geachtet. Mitte der 1980er Jahre wurde er deshalb sogar kurzzeitig zum Interimsdirektor des Instituts für Hawaiianistik (Centre for Hawaiian Studies) berufen.

Durch seine intensive Beschäftigung mit der hawaiischen Geschichte kam er zur Erkenntnis, dass die Ursprünge der zeitgenössischen Probleme in der US-Invasion und Besetzung des Landes am Ende des 19. Jahrhunderts lagen. Er begann, sich für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit einzusetzen. Seit Mitte der 1980er Jahre galt er als einer der führenden Intellektuellen innerhalb der hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung, und zwar des radikaleren Flügels, der Autonomielösungen innerhalb der USA, wie sie von verschiedenen anderen Aktivisten angestrebt

wurden, strikt ablehnte. Anders als manche andere radikale Aktivisten, die sehr aggressiv auftraten, war Blaisdell aber stets auf eine von Aloha (Nächstenliebe) geprägte Umgangsform bedacht und behandelte stets alle Menschen, mit denen er in Kontakt kam, mit dem größten Respekt. In ihrem zweiseitigen Nachruf bezeichnete ihn die Tageszeitung *Honolulu Star-Advertiser* in recht treffender Weise als „Gentle Warrior“ (Sanfter Krieger).

Durch sein respektvolles und sanftes Auftreten war Blaisdell innerhalb der oft zersplitterten Bewegung allseits respektiert. Mehrere Jahrzehnte lang wirkte er als Koordinator der Initiative *Ka Pākaukau* („Der Runde Tisch“), einer losen Dachorganisation von Unabhängigkeitsbefürwortern, die sich jede Woche in Blaisdells geräumigem Haus im Nu'uuanu-Tal im Vorortbereich von Honolulu trafen.

Höhepunkt von Blaisdells politischem Aktivismus war die Einberufung des von *Ka Pākaukau* in Koordination mit anderen hawaiischen Organisationen geplanten *Ho'okolokolonui Kānaka Maoli* (*Kānaka Maoli People's International Tribunal*), ein mit verschiedenen internationalen Aktivisten und Rechtsexperten besetztes Volkstribunal, das 1993 zum hundertsten Jahrestag der US-Invasion von 1893 abgehalten wurde, wobei die USA nach mehrtägigen Anhörungen symbolisch für schuldig befunden und zur Wiedergutmachung aufgefordert wurden. Mittelfristiges Hauptziel von *Ka Pākaukau* war die Wiedereinschreibung Hawai'is auf die Liste der Nicht-Selbstregierten Territorien beim Entkolonisierungskomitee der Vereinten Nationen, von der das Land 1959 unter unregelmäßigen Umständen entfernt worden war. [Diese Strategie ist heute von den führenden Experten als falsch verworfen worden, da Hawai'i völkerrechtlich nie eine Kolonie war, sondern ein unabhängiger Staat unter amerikanischer Besetzung ist].

Ein weiterer Schwerpunkt in Blaisdells politischem und gesellschaftlichem Engagement war die Vernetzung mit anderen polyneesischen Völkern. Einer seiner häufig wiederholten Slogans lautete: „Kānaka Maoli, Tangata Māori und Ta'ata Mā'ohi sind ein Volk,“ eine Auflistung der etymologisch ähnlichen Selbstbezeichnungen für „Ureinwohner“ in den eng verwandten Sprachen Hawai'is, Aotearoas (Neuseelands) und Tahitis. Im Zuge dieses pan-polynesischen Engagement reiste Blaisdell häufig nach Neuseeland und kooperierte eng mit politischen Bewegungen der Māori, den Unabhängigkeitsbewegungen in Tahiti und Rapa Nui, sowie auch auf Guam und anderen weiter entfernten Kolonialgebieten des Pazifiks. 1999 war er einer der Delegierten Hawai'is auf der NFIP (Nuclear Free and Independent Pacific)-Konferenz in Tahiti.

Das letzte große pan-pazifische Projekt, in dem Blaisdell federführend war, war die als Gegenforum zum Ende 2011 in Honolulu stattfindenden Gipfeltreffen der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) konzipierten *Moana Nui* (Großer Ozean)-Konferenz, in der Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus verschiedenen Ländern des Pazifiks teilnahmen, um ein kooperatives Gegenmodell zum profitorientierten Freihandelsabkommen der APEC-Staaten zu entwickeln.

Für seine fachliche Arbeit und sein gesellschaftliches Engagement erhielt Blaisdell zahlreiche Ehrungen, die bedeutendste davon ist der von *Hongpa Hongwanji* (der unter Königin Lili'uokalanis Patronat gegründeten ältesten buddhistischen Glaubensgemeinschaft Hawai'is) verliehene „Living Treasure Award,“ den Blaisdell 1990 erhielt.

Blaisdell hinterlässt seine Tochter Nālani, seinen Adoptivsohn Mitchell und vier Enkelkinder.

(Jahrelanger persönlicher Kontakt des Autors zu Prof. Blaisdell, Honolulu Star Advertiser, Hawai'i News Now)

†Puhipau (1937-2016)

Am 9. Februar verstarb der hawaiische Dokumentarfilmemacher und Unabhängigkeitsaktivist Abraham Puhipau Ahmad im Alter von 79 Jahren in Na‘alehu auf der Insel Hawai‘i. Ahmad wurde am 24. Oktober 1937 als Sohn eines palästinensischen Kaufmanns und seiner hawaiischen Frau in Honolulu geboren. Er selbst bevorzugte, nur Puhipau genannt zu werden. In den 1970er Jahren engagierte er sich in der damals aufkeimenden hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung und begann, Demonstrationen und Landbesetzungen mit der Filmkamera zu dokumentieren. Im Jahr 1980 lernte er die amerikanische Amateurfilmerin Joan Lander kennen und ein Jahr später gründete das Paar eine Produktionsfirma mit dem Namen *Nā Maka O Ka ‘Āina* („Die Augen des Landes“), die sich darauf spezialisierte, Dokumentationen über politische und kulturelle Bewegungen in Hawai‘i zu produzieren, sowohl für verschiedene Fernsehsender als auch für den Video- und später DVD-Vertrieb.

Im Laufe der 1980er, 1990er und 2000er Jahre dokumentierten Puhipau und Lander das politische und kulturelle Leben Hawai‘is in Tausenden von Stunden Video-Archivmaterial, woraus sie Dutzende Dokumentarfilme produzierten. Für die Zeit vor dem Internetkanal YouTube stellt das Videomaterial von *Nā Maka O Ka ‘Āina* das bei weitem wichtigste lokale Filmarchiv dar. Am meisten Bekanntheit erreichten der in zahlreichen Ländern im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gesendete, preisgekrönte einstündige Dokumentarfilm „Act of War“ (1993) zum hundertsten Gedenktag der US-Invasion Hawai‘is sowie der 15-minütige Kurzfilm „We Are Who We Were“ (1998) über die völkerrechts- und US-verfassungswidrige Annexion des Archipels im Jahre 1898. Beide werden noch heute häufig als DVD gekauft. (*Nā Maka O Ka ‘Āina website <http://www.hawaiianvoice.com/>, eigene Recherchen*)

Umstrittene ‚indigene hawaiische Versammlung‘ tritt ohne Wahlen zusammen und beschließt Verfassung

Nachdem Ende November der Oberste Gerichtshof der USA die begonnene Stimmenaushaltung der kurz zuvor angelaufenen Briefwahl zu einer verfassungsgebenden hawaiischen ‘Aha [Versammlung] wegen einer laufenden Rechtsklage für ausgesetzt erklärt hatte, haben die Organisatoren der Initiative entschieden, die Wahlen ganz fallen zu lassen und die Versammlung ohne Wahlen zusammentreten zu lassen. Alle 154 Kandidaten wurden damit automatisch zu Mitgliedern der Versammlung erklärt und letztere wurde am 1. Februar zusammengerufen.

Die von der privat verwalteten, aber aus öffentlichen Geldern finanzierten Stiftung „Na‘i Aupuni“ [eine Anspielung auf den Staatsgründer des hawaiischen Königreichs Kamehameha I] organisierte Versammlung ist das Ergebnis langjähriger Bemühungen des politischen Establishments des US-Bundesstaates Hawai‘i, eine Regierung für ‚indigene‘ Hawaier zu schaffen, die dann von der US-Bundesregierung ähnlich der Regierung eines Indianerreservats anerkannt werden kann.

Die ‘Aha fand im Clubhaus des abgelegenen Golfplatzes *Royal Hawaiian Golf Course* in Maunawili unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Medien statt. Zahlreiche Demonstranten wurden am mit einem Vorhänge-schloss gesicherten Eingangstor des Golfplatzes abgewiesen. Kritiker wiesen darauf hin, dass selbst Sitzungen nationaler Parlamente größer und vom Terrorismus bedrohter Staaten wie z.B. des US-Kongresses und der französischen Nationalversammlung öffentlich zugänglich sind, so dass die Abschirmung und Geheimniskrämerie der ‘Aha als absurd empfunden wurde. Schließlich wurde gestattet, die Diskussi-

onen zu filmen und live im Internet zu übertragen, aber das Gelände blieb hermetisch abgeriegelt.

Des Weiteren wiesen die Demonstranten darauf hin, dass die 154 zugelassenen Teilnehmer der Versammlung keinerlei Legitimität hatten, das hawaiische Volk zu vertreten. Selbst die Minderheit der Hawaier, deren Name auf der Wählerliste für die ‘Aha steht, werden von den Teilnehmern nicht repräsentiert, da die geplante Wahl nie stattfand.

Im Laufe des Monats Februar gab es zahlreiche Streitigkeiten unter den Kandidaten, während die Proteste außerhalb des Sitzungsorts immer intensiver wurden. Am Ende wurden mehrere Aktivisten wegen Hausfriedensbruchs verhaftet. Nur etwa die Hälfte der zugelassenen Teilnehmer kam zu den Sitzungen, und unter diesen bildeten sich schnell zwei Gruppen heraus: Auf der einen Seite diejenigen, die die geplante Teilautonomie als einem Indianerstamm ähnliches indigenes Volk innerhalb der USA (Engl. „nation-within-a-nation“) unterstützten, und auf der anderen Seite die Befürworter der Unabhängigkeit. Unter letzteren gab es wiederum solche, die die Gründung eines neuen Staates anstreben und damit prinzipiell am Grundthema der ‘Aha, d.h. dem Schreiben einer Verfassung, interessiert waren, während andere darauf hinwiesen, dass Hawai‘i als von den USA besetztes Land ja bereits eine Verfassung habe (die des Hawaiischen Königreichs von 1864), und deswegen das gesamte Vorhaben unsinnig sei.

Nach wochenlangem Hin und Her, wobei die Unabhängigkeits- und Indianerstatus-Befürworter sich meistens ungefähr die Waage hielten, wurde von Letzteren Ende des Monats ein Verfassungsentwurf zur Abstimmung vorgelegt. Als Kompromiss mit den Unabhängigkeitsbefürwortern wurde eine Klausel in das Dokument eingefügt, dass die Unabhängigkeit als Fernziel nicht aus-

geschlossen sei. Die meisten Unabhängigkeitsbefürworter lehnten dies aber ab und kündigten an, gegen das Papier zu stimmen. Als es am letzten Tag der Versammlung, dem 26. Februar, zur Abstimmung kam, waren aber plötzlich zahlreiche Kandidaten anwesend, die zuvor den ganzen Monat lang nie zu den Sitzungen gekommen waren. Es handelte sich offensichtlich um ein abgekartetes Spiel der Indianerstatus-Befürworter, denn all die Neuankömmlinge stellten sich als „Stimmvieh“ für letztere heraus. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 88 Stimmen gegen 30 Ablehnungen und eine Enthaltung wurde das Dokument schließlich für angenommen erklärt.

Die „Verfassung“ ist der eines amerikanischen Bundesstaats oder Territoriums bzw. einer unitären präsidentiellen Republik ähnlich. An der Spitze des neuen politischen Gebildes soll ein gewählter Präsident und Vize-Präsident sowie ein gewähltes Einkammerparlament stehen. Nur Nachfahren der Ureinwohner, die bei Na'i Aupuni registriert sind, sind als Bürger der Körperschaft zugelassen.

Damit die Verfassung rechtskräftig wird, muss sie von einer Mehrheit der bei Na'i Aupuni registrierten Wähler in einem Referendum angenommen werden. Da der Oberste Gerichtshof der USA aber bereits die Durchführung von Wahlen solcher Art untersagt hat, bleibt unklar, wie die Ratifizierung der Verfassung praktisch ausgeführt werden soll. Des Weiteren ist es unter diesen Umständen alles andere als sicher, ob eine nach dieser Verfassung gebildete „Indigene Hawaiiische Regierung“ überhaupt die angestrebte Anerkennung der US-Bundesregierung erhalten wird. (*Honolulu Star-Advertiser, Civil Beat, www.naiaupuni.org, eigene Recherchen*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Rekordergebnis für Weinexport

Im vergangenen Jahr hat Neuseeland Weine im Wert von 920 Millionen Euro exportiert und damit den Exportgewinn im Vergleich zum Jahr 2014 um 14 % gesteigert. Die Gewerkschaft der Weinbauern, die *New Zealand Winegrowers*, exportiert ihre Weine in 90 Länder weltweit, davon den größten Anteil in die USA, dicht gefolgt von Kanada und Großbritannien.

Philip Gegan, der Direktor der Weinbauergewerkschaft, sagte, man habe nicht nur von dem schwachen Neuseeland-Dollar profitiert, der die neuseeländischen Weine auch für den europäischen Markt attraktiv mache, sondern auch von dem gestiegenen Bekanntheitsgrad. Neuseeländische Weine böten eine sehr gute Qualität zu einem guten Preis, erklärte Gegan, und dies habe sich inzwischen auf dem Markt herumgesprochen. (*Flash d'Océanie 28.01.16*)

Finanzielle Unterstützung

Die neuseeländische Regierung hat Mitte Februar 500.000 NZ-Dollar zur Bekämpfung des ZIKA-Virus bereitgestellt. Die Hälfte des Geldes fließt in den *Pacific Zika Action Plan* der Weltgesundheitsorganisation, die andere Hälfte kann direkt von betroffenen pazifischen Staaten abgefragt werden. (*Radio NZ. Intern 11.02.16*)

Neuer Studiengang

Die in Auckland ansässige Schauspielschule *BEST Pacific Institute of Performing Arts* (PIPA) bietet ab 1. März einen neuen Bachelor-Studiengang speziell für Pazifik-Insulaner an. Der dreijährige *Bachelor of Performing Arts/Pacific* vereinigt dabei klassi-

sche westliche Ausbildungsinhalte wie Schauspiel, Rezitation und Tanz mit typischen pazifischen Elementen wie Sitztanz, Gesang und Performance. PIPA-Leiterin Bronwyn Bradley erklärte, es sei besonders wichtig für die in Neuseeland lebenden Pazifikinsulaner, ihre eigene pazifische Kultur mit ihren traditionellen Elementen auf der Bühne präsentieren zu können. Eine klassische westliche Schauspielausbildung reiche dafür nicht aus. (*Radio NZ Intern. 23.02.16, <http://www.bestpacific.ac.nz/schools/pipa-performing-arts/>*)

Hohe Lebensqualität in Auckland

Bereits zum vierten Mal in Folge nach 2012, 2014 und 2015 steht die neuseeländische Stadt Auckland auf Rang drei der Liste der Länder mit der höchsten Lebensqualität. Erstellt wird diese Länderliste mit 230 Ländern von der international tätigen Unternehmensberatung *Mercer*, die die Liste seit 2010 einmal jährlich veröffentlicht. Anhand verschiedener Kriterien wie etwa dem kulturellen Angebot einer Stadt, der medizinischen Versorgung, dem Angebot an Bildung, dem Öffentlichen Nahverkehr und der Sicherheit im öffentlichen Raum erstellt Mercer eine Rangliste unter den Städten. Auf den Rängen eins und zwei liegt das österreichische Wien und das schweizerische Zürich. Auf den beiden letzten Plätzen rangieren Bagdad und Damaskus.

Das neuseeländische Wellington landete auf Platz 12, die australischen Städte Melbourne (15) und Sydney (10 Platz) rangieren ebenfalls weit vorne. Unter den deutschen Städten erreichte München einen guten vierten Platz. (*Flash d'Océanie 25.02.16, <https://www.imercer.com/content/mobility/quality-of-living-city-rankings.html#list>*)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Verlängerung der Minenlaufzeit ?

Westpapua: Das Bergbauunternehmen *PT Freeport Indonesia* erwägt die Verlängerung der Betriebszeit der Gold- und Kupfermine am Grasberg über das Jahr 2021 hinaus. Dann endet eigentlich der Vertrag mit der indonesischen Regierung über die Laufzeit der Mine. Der Antrag auf Verlängerung der Laufzeit bis 2041 läuft bereits, die Antwort der Regierung steht noch aus. Nun könnte jedoch die Mine noch weit über 2041 hinaus in Betrieb bleiben, wie der Vizepräsident der Abteilung für Geowissenschaften, Wahyu Sunyoto, bekannt gab. Unterhalb von 2.500 Metern Tiefe sei man bei Probebohrungen überraschend auf weitere sehr ergiebige Gold- und Kupfervorkommen gestoßen. Hier könnten sogar rund 2,57 Milliarden Tonnen an Rohstoffen lagern und damit mehr als bisher während der gesamten Laufzeit aus der Mine gefördert wurde (2,27 Milliarden Tonnen).

Pro Jahr gibt Freeport Indonesia rund 17 Millionen US-Dollar aus, um weitere Probebohrungen am Grasberg zu machen. Im Jahr 2017 sollen nach heutiger Sachkenntnis die oberirdisch abbaubaren Rohstoffe erschöpft sein, ab dann wird sich der Minenbetrieb unterirdisch abspielen.

Info: Das Bergbauunternehmen *Freeport Sulphur* war 1967 das erste ausländische Unternehmen, das eine Genehmigung der indonesischen Regierung zum Tagebergbau erhielt. Die Freeport-Mine am Grasberg ging 1973 in Betrieb. 1991 übernahm das Unternehmen *PT Freeport Indonesia* diese größte Goldmine der Welt, aus der ebenfalls besonders kostengünstig im Tagebergbau Kupfer gewonnen wird. An *PT Free-*

port Indonesia, dem größten privaten Steuerzahler des Landes, ist der US-amerikanische Bergbaukonzern *Freeport-McMoRan* zu 90,64 Prozent beteiligt, den Rest hält die Regierung in Jakarta. Diese will noch in diesem Jahr ihren Anteil von 9,4 % an der Mine auf 30 % erhöhen und ein Gesetz von 2014 umsetzen, das vorschreibt, dass nur noch verarbeitete Rohstoffe ausgeführt werden dürfen.

1995 vereinbarte Freeport mit dem multinationalen Bergbauunternehmen *Rio Tinto* für eine anfängliche Zahlung von 1,7 Milliarden US-Dollar einen 40%-Anteil an der Grasberg-Förderung, die über 118.000 Tonnen täglich liegt. Einen 40%-Anteil erhält Rio-Tinto auch an allen zukünftigen Entdeckungen im Konzessionsgebiet in Westpapua. Dieser Vertrag ist das weltweit größte Geschäft im Bergbau. (*The Jakarta Post* 18.12.15, <http://www.fcx.com/http://ptfi.co.id/about/overview>, <http://www.riotinto.com/copper-and-coal-82.aspx#indonesia>, *Neue Zürcher Zeitung* 27.01.16)

Menschenrechtsbericht erschienen

Europa: Ende letzten Jahres hat die *International Coalition for Papua of faith-based and civil society organisations* (ICP) ihren jährlichen Bericht zur Lage der Menschenrechte in Westpapua veröffentlicht. Dieser vierte Bericht „Human Rights in West Papua 2015“ wird gemeinsam von der ICP und dem katholischen Orden der Franziskaner *Franciscans International* herausgegeben. Auf 129 Seiten schildert ein Autorenkollektiv aus 25 Menschenrechtsorganisationen die Verletzungen der Menschenrechte im Zeitraum zwischen April 2013 und Dezember 2014. An konkreten Einzelfällen werden unterschiedliche Verletzungen der sozialen, ökonomischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rechte der einheimischen Papuas mit zum Teil drastischen Fotos beschrieben. Die Autoren enthalten sich dabei jeder Wer-

tung, sondern beschreiben rein sachlich mit Zahlen und Fakten die Einzelschicksale der Betroffenen. Dezidiert gehen die Autoren jedoch auf die Folterungen durch indonesisches Militär ein. Der Bericht endet mit einer langen Liste an Empfehlungen an die indonesische Regierung, die Gouverneure der Provinzen, die in Westpapua ansässigen Firmen und die internationale Staatengemeinschaft.

Fazit des Berichts ist eine allgemeine Verschlechterung der Menschenrechtslage für die einheimischen Papuas, die nur noch 42 % der Gesamtbevölkerung bilden. Die Zahl der willkürlichen Verhaftungen und Folterungen erreichte einen Höhepunkt. Die Mütter- und Kindersterblichkeit ist enorm hoch, der Gesundheitssektor gerade in den ländlichen Regionen liegt brach. Nur 20 % der Bevölkerung auf dem Land kann lesen und schreiben, der Bildungsmangel führt zu hoher Arbeitslosigkeit und Armut.

Der Bericht kann auf der Internetseite der ICP in englischer Sprache heruntergeladen werden, eine indonesische Version soll folgen: www.humanrightspapua.org. (<http://www.humanrightspapua.org/hrreport/2015>)

ULMWP eröffnet Büro

Westpapua: Die *Vereinigte Befreiungsbewegung für Westpapua* (United Liberation Movement for West Papua, ULMWP) hat ein Koordinierungsbüro in Wamena im Hochland der Provinz Westpapua eröffnet. Das Büro entstand in einer traditionellen papuanischen Rundhütte. Finanzielle Unterstützung dazu leistete Manasseh Sogavare, der Premierminister der Salomonen. Sogavare ist derzeit Vorsitzender der *Melanesian Spearhead Group* (MSG), die die ULMWP bei ihrer letzten Sitzung im Juni 2015 als Beobachter zugelassen hatte unter der Voraussetzung, dass die Bewegung alle im Exil lebenden Westpapas unterstützt und „mit

einer Stimme spricht“.

Die Befreiungsbewegung unterhält weitere Büros in Vanuatu und auf den Salomonen. (*Radio NZ Intern. 16.02.16, 18.02, 19.02.16*)

Jokowi besucht Timor-Leste

Timor-Leste: Am 26. Januar 2016 hat der indonesische Staatspräsident Joko Widodo seinen ersten eintägigen Staatsbesuch im benachbarten Timor-Leste absolviert. Er traf sich zu Gesprächen mit dem timoresischen Premierminister Dr. Rui Maria de Araújo sowie mit dem Regierungsoberhaupt Taur Matan Ruak. Dabei ging es u.a. um die zukünftige stärkere Zusammenarbeit beider unabhängiger Staaten in den Bereichen Handel, Energie und Infrastruktur. Außerdem verhandelten die Staatshäupter über die Meeresschranken zwischen den beiden Staaten. Sie unterzeichneten zudem bilaterale fünf Abkommen zu den Themen Jugend und Sport, Archivierung von Akten, Geophysik, Einsatz der Katastrophenhelfer im Unglücksfall sowie Bodenschätze.

Widodo wurde von seiner Ehefrau Iriana sowie zahlreichen Ministern und hochrangigen Politikern begleitet. Er erhielt aus den Händen von Matan Ruak die höchste Auszeichnung des noch jungen unabhängigen Staates, den „*Grande Colar de Ordem de Timor Leste*“. Dieser Orden wird nur an ausländische Staatshäupter vergeben. Zum Ausklang des Besuchs legte der indonesische Präsident Widodo Kränze nieder auf den beiden Militärfriedhöfen *Metinaror Heroes Cemetery* und am *Seroja Tomb of Heroes* in der Hauptstadt Dili. (*Pressemitteilung der Regierung von Timor-Leste 26.01.16, Tempo 26.01.16*)

Eine Krokodil-Familie in der Hauptstadt?

Timor-Leste: Krokodile sind in Timor-Leste beheimatet, doch immer häufiger werden ausgewachsene Salzwasserkrokodile an der Küste entlang der Hauptstadt Dili entdeckt. Dort tummeln sich nicht nur gerne Schnorchler, sondern vor allem auch Fischer in kleinen Booten, und Kinder und Jugendliche, die mit Netzen Fische fangen. Salzwasserkrokodile, die im flachen Wasser vor Timor-Lestes Hauptstadt Dili ihre Kreise drehen, ziehen die Aufmerksamkeit von vielen Schaulustigen an, die das Ereignis mit ihren Handys dokumentieren. Über soziale Medien verbreiten sich die Videos und Fotos, auf denen Dutzende von Menschen am Strand zu sehen sind, die dabei zuschauen, wie ein Mann ein Krokodil mit einem Huhn füttert. Andere Bilder zeigen, wie mehrere Tiere im flachen Wasser nahe dem Cristo Rei-Denkmal, einem beliebten Schnorchel-Spot, wie Baumstämme über die Oberfläche treiben. Einige Personen berichten, dass sich eine Familie von sieben Krokodilen in Dili niedergelassen hat. Über soziale Medien kreisen auch immer wieder Gerüchte um nicht heimgekehrte Fischer, doch die Ursache für ihr Verschwinden bleibt unklar. Nur eines ist sicher: Die Beunruhigung steigt. Ein Unfall könnte dramatische Folgen für ein Land haben, das den Tourismussektor ausbauen und sich als Schnorchel- und Taucherparadies etablieren möchte.

Die riesigen Leistenkrokodile sind vor allem an der Südküste des Landes zahlreich beheimatet, die meisten in einem Fluss im Distrikt Viqueque. Ihr Habitat reicht von Flüssen und Sümpfen bis hin zur offenen See. Krokodil-Attacken auf Menschen sind historisch undokumentiert, doch seit 2006 gibt es einen deutlichen Anstieg. In den Jahren 2007-2008 gab es fünf Attacken und vier tödliche Angriffe auf Menschen in den Distrikten Viqueque und Lautem. Eine „Crocodile Task Force“ wurde

eingerrichtet und gefährliche Tiere oder Tiere an Orten, an denen sie für Menschen gefährlich werden könnten, werden eingefangen und umgesiedelt. Salzwasserkrokodile stehen in Timor-Leste unter Artenschutz und das „Management des Konflikts zwischen Krokodil und Mensch“ gehört zu einer hohen Priorität der Regierung, denn Krokodile sind Teil Timor-Lestes - der Mythologie nach sogar umgekehrt: Der Schöpfungsmythos ‚Das gute Krokodil‘ (Lafaek Diak) berichtet von der Freundschaft zwischen einem timoresischen Jungen und einem Krokodil, aus dem letztlich die Insel entstand. Betrachtet man die Insel von der Hauptstadt aus in die Richtung Cristo Reis, so erinnert sie tatsächlich an die Silhouette eines schwimmenden Krokodils. Aufgrund des Schöpfungsmythos werden Krokodile vor allem von der älteren, ländlichen Bevölkerung als Ahnen und Freunde gesehen und daher nicht getötet und verjagt. (*Artikel von Janina Pawelz, Vorsitzende der Deutschen Osttimor Gesellschaft*)

5. Timor-Leste Workshop: Frieden und Entwicklung in Timor-Leste – Eine Herausforderung

Köln: Am 7. und 8. November 2015 fand in der Kölner Südstadt im Tagungs- und Gästehaus St. Georg unter dem Titel „Frieden und Entwicklung in Timor-Leste – Eine Herausforderung“ der nunmehr 5. Timor-Leste Workshop statt. Der Workshop war eine gemeinsame Veranstaltung der Deutschen Osttimor Gesellschaft und des Asienhauses und wurde finanziell von Engagement Global und dem katholischen Fonds gefördert.

Das Highlight des diesjährigen Workshops war der Besuch unserer zwei Gastreferenten aus Timor-Leste: João Boavida und Adilsonio Da Costa Junior. Dr. João Boavida ist Direktor des 2008 gegründeten *Center of Studies for Peace and Development* (CEPAD) mit Sitz in Dili, Timor-

Leste. Über landesweite Konsultationen hat CEPAD sowohl Hindernisse wie auch Potentiale für Frieden in Osttimor identifiziert, an denen es nun auf gesellschaftspolitischer Ebene zu arbeiten gilt.

Adilsonio da Costa Junior arbeitet bei *La'o Hamutuk* ("walk together"), einer der führenden lokalen Nichtregierungsorganisationen Osttimor, die sich zur Entwicklung des jungen Landes mit Monitoring und Lobbyarbeit einbringt. Sein Schwerpunkt ist der Umgang mit Ressourcen und die Auswirkungen der Ölpolitik der Regierung auf die Gesellschaft sowie wirtschaftliche Entwicklung.

Ganz überraschend gesellten sich noch zwei weitere Timoresen zu uns, deren Teilnahme den Workshop enorm bereichert hat: ein Austauschstudent aus Freiburg und ein mit einem der Referenten befreundeter Gastarbeiter aus Oxford. So hatte sich eine Gruppe, bestehend aus insgesamt 21 Teilnehmern, zusammengefunden, die überaus interessiert ihren kritischen Blick auf die sozioökonomische Entwicklung Timor-Leste lenkte und zwei Tage lang lebhaft diskutierte und dabei neue Kontakte knüpfte und alte wieder auffrischte und festigte.

Zum Einstieg gab Janina Pawelz, die Vorsitzende der DOTG, einen Input über die Politik des derzeitigen Ministers für Planung und strategische Investitionen und ehemaligen Premierminister des Landes. Darauf folgte die Einschätzung von Dr. João Boavida mit dem Titel „Timor-Leste on its way to Peace and Development“ – der unter anderem die in der timoresischen Gesellschaft immer noch stark vorherrschenden Patron-Client-Beziehungen sowie das Konzept von Macht/Führung kritisierte, das sich weitestgehend auf die Rolle der jeweiligen Politiker im politischen Widerstand während der Besatzungszeit gründet, kritisierte. Er forderte, dass es dringend notwendig sei, eine neue Politikergeneration zu

stärken, deren Herrschaft sich durch eine qualitative Politik legitimiere. Diese sei einerseits in der Lage, die historischen und politischen Hintergründe des Landes zu verstehen und miteinzubeziehen. Andererseits könne sie Probleme des Landes wie Jugendarbeitslosigkeit, Korruption, Stärkung politischer Institutionen und Transparenz in Bezug auf den Staatshaushalt u.a. besser in Angriff nehmen.

Dr. Monika Schlicher erinnerte in ihrem Beitrag an die unaufgearbeitete Vergangenheit. Dem Versöhnungs- und Aufarbeitungsprozess stünde ebenfalls die derzeitige politische Führung im Wege.

Die erst kürzlich aus Timor-Leste zurückgekehrte Agathe Schiwy, die dort mehrere Jahre in der Friedensentwicklung für das *United Nations Development Programm* und die *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ) tätig war, teilte mit den Teilnehmern ihre Erfahrungen darüber, wie von der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit die Jugend in Timor-Leste wahrgenommen und kategorisiert werde. Dabei wird „die Jugend“ häufig als Faktor identifiziert, der aufgrund von Arbeitslosigkeit und angeblicher Gewaltbereitschaft einen hohen Destabilisierungsgrad für das Land in sich trage. Schiwy wies auf das undifferenzierte Konzept von Jugend hin, was dieser Annahme zu Grunde läge und berichtete, dass häufig positive Initiativen, die von der Jugend ausgehen, im Keim erstickt würden.

Besonders hervorzuheben ist dabei der Erfolg der Gesprächsrunde mit Kesuma Saddak von Miserieor und Max Middeke von der GIZ Timor-Leste. Einerseits wurden durch diese zwei Gesprächspartner die unterschiedlichen Ansätze staatlicher und kirchlicher Akteure in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) deutlich. Andererseits wurde dieser Perspektivwechsel durch den kritischen Blick der Teilnehmenden ergänzt, unter denen sich z. B. Personen befanden, die in der

nahen Vergangenheit als Entwicklungshelferinnen in GIZ-Projekten in Timor-Leste gearbeitet haben und andererseits Personen, die kurz nach der Unabhängigkeit in Timor-Leste tätig waren, sowie auch durch die Perspektive unserer timoresischen Gäste, die für zwei Organisationen arbeiten, deren Partner Miserieor ist. So ergaben sich vielfältige Perspektiven von kirchlich versus staatlichen Akteuren, Geberorganisationen versus lokale Partner und Führungspersonen der GIZ versus Entwicklungshelfer.

Den letzten Beitrag bildete der Vortrag unseres zweiten timoresischen Gastes, Adilsonio Da Costa. Er machte anhand von eindrucksvollen Statistiken und Bildern deutlich, dass ein Kurswechsel der Regierungspolitik, deren Staatshaushalt sehr stark von den Öleinnahmen abhängig sei, dringend erforderlich wäre. Siehe hierzu auch „Timor-Leste needs to escape from petroleum dependency“ von Adilsonio Da Costa.

Wir wünschen uns, dass sich auch im neuen Jahr die durch den Workshop geknüpften und gefestigten Kontakte in der Vereinsarbeit der DOTG zeigen und freuen uns schon auf den Asientag der Stiftung Asienhaus und den Südostasientag des Rautenstrauch-Joest Museums am 16. April 2016 in Köln. (Artikel von Sara Czinczoll, DOTG und Doktorandin an der Uni Bonn)

AUSTRALIEN

Flüchtlinge dürfen weiter abgeschoben werden

Australien darf Bootsflüchtlinge weiterhin in die pazifischen Flüchtlingslager auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) und Nauru abschieben. Das hat der Oberste Gerichtshof Australiens Anfang Februar entschieden und damit eine Klage einer Frau aus Bangladesh zurückgewiesen. Die Frau hatte gegen den für sie und ihre Familie verordneten Zwangsaufenthalt auf Nauru geklagt. Sie wollte damit erreichen, dass ihre Internierung auf Nauru für illegal erklärt wird.

Die Klage galt als Testfall für mehr als 260 Asylbewerber, darunter 37 in Australien geborene Babys, und 54 andere Kinder, die zur medizinischen Behandlung nach Australien geflogen worden waren. Ihnen droht nun die Abschiebung in die pazifischen Flüchtlingslager. Die Frau selbst wurde im Januar 2014 nach Nauru geschickt, dann aber sieben Monate später wegen Komplikationen bei einer Schwangerschaft wieder zurück nach Australien gebracht und dort behandelt. Eine Rückkehr nach Nauru würde sie, ihren Mann und das inzwischen einjährige Kind traumatisieren, hatte die Frau ihre Klage begründet.

Auf Nauru sind derzeit 540 Flüchtlinge interniert. Sie warten dort auf ihren Asylentscheid. Medienvertreter und Vertreter von Hilfsorganisationen berichten immer wieder von den katastrophalen (hygienischen) Bedingungen in den Lagern. Dort kommt es häufig zu Schlägereien und Selbstverletzungen der Insassen, es kam auch bereits zu Toten. Die Regierung in Canberra reagiert kaum auf die Kritik an der Lagerpolitik. Sie argumentiert, die Lager seien eine gute Abschreckung für potentielle Asylsuchende und verhinderten, dass Flücht-

linge auf dem Meer ertränken, weil sie die Überfahrt erst gar nicht riskierten.

Nach der Verlautbarung des Urteils kam es in vielen australischen Städten zu Demonstrationen. Auch in den sozialen Medien machten australische Bürger ihrem Unmut über die rigide Flüchtlingspolitik von Premierminister Malcolm Turnbull Luft.

Zeitgleich zum Urteil des Obersten Gerichtshofes erschien ein Bericht zweier Kinderärzte über den mentalen Zustand der im australischen Wickham inhaftierten Kinder und Jugendlichen, die hier auf ihre Ausweisung in ein Flüchtlingslager warten. Professor Elizabeth Elliot und Dr. Hansantha Gunasekera hatten 69 Familien in Wickham befragt. Bei 19 Kindern stellten die Ärzte eine posttraumatische Belastungsstörung fest. Einige Kinder hätten sich in Folge bereits selbst Schnittwunden zugefügt oder ihren Suizid vorausgeplant.

In ihrer langjährigen Karriere als Kinderpsychologin hätte sie noch keine dramatischere Situation erlebt als in diesem Lager, erklärte Professor Elliot. Selbst 7-jährige Kinder zeichneten ihre eigene Beerdigung nach ihrem Suizid, das sei für sie schockierend und nur sehr schwer zu verkraften, so die Ärztin. (*Pressemitteilung Amnesty International 03.02.16, Zeit online 03.02.16, Spiegel online 03.02.16, Radio Australia 04.02.16, Facebook*)

Lange Verweilzeit in Lagern

Durchschnittlich 466 Tage bleiben australische Asylbewerber in den Lagern auf den Inseln Nauru und Manus. Das belegen Zahlen des australischen Einwanderungsministeriums. Seit Mai vergangenen Jahres hat sich die Verweilzeit in den Lagern kontinuierlich erhöht. Demnach verbringt rund ein Drittel der Asylbewerber mehr als zwei Jahre in den pazifischen Auffanglagern. Pamela Curr, Anwältin beim *Asylum Seeker Resource Center*, einer nicht-

staatlichen Hilfsorganisation, sagte, in den Lagern seien auch Flüchtlinge, deren Verfahren bereits abgeschlossen sei. Sie hätten alle Sicherheits- und Gesundheitsprüfungen bestanden und warteten nur noch auf die Unterschrift unter ihre Entlassungspapiere. Die Regierung verweigere jedoch ein schnelleres Vorgehen strikt, um potentielle weitere Asylbewerber abzuschrecken. Gerade für kleine Kinder und alleinstehende Frauen berge der Langzeitaufenthalt in den Lagern Gefahren an Leib und Seele, beklagte die engagierte Opferanwältin. (*Radio NZ Intern. 18.01.16*)

Neuer Botschafter

George Fraser ist seit Februar 2016 der neue australische Botschafter für die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien und Palau. Als Generalkonsul ist Fraser auch für die australischen Beziehungen nach Guam und zu den Nördlichen Marianen zuständig. Er hat seinen Amtssitz in Palikir (Pohnpei). Fraser verfügt über langjährige diplomatische Erfahrungen im Pazifik, u.a. war er Botschafter in Kiribati, Nauru und Neuseeland. (http://foreignminister.gov.au/releases/Pages/2015/jb_mr_151222a.aspx)

SPORT

Neuer Nationaltrainer für Manu Samoa

Samoa: Noch im Dezember vergangenen Jahres ist Namulauulu Alama Ieremia zum neuen Trainer der samoanischen Rugby-Nationalmannschaft *Manu Samoa* gewählt worden. Der 45-jährige ausgebildete Trainer und ehemalige Mittelfeldspieler ist Nachfolger von Stephen Betham, der nach einer vermasselten Weltmeisterschaft seinen Hut nehmen musste. Ieremia hat früher sowohl in der samoanischen als auch in

der neuseeländischen Nationalmannschaft gespielt. Der gebürtige Samoaner war nach Trainer-Stationen in Japan und Neuseeland seit 2014 Teil des Trainerstabs im samoanischen Team. In einer ersten Reaktion auf seine Berufung zeigte sich Ieremia erfreut, gestand aber auch ein, dass die geplante Umstrukturierung des Teams eine schwere Aufgabe sei. (*Radio NZ Intern. 23.12.15, Wikipedia*)

Erfolgreicher Weltrekordversuch

Frz.-Polynesien: Französisch-Polynesien hat am 30. Januar den Weltrekord im Synchron tanzen aufgestellt und sich damit vermutlich einen Eintrag in das *Guinness Buch der Rekorde 2016* gesichert. Derzeit prüft eine Jury noch den Fall.

Auf einem Golfplatz in Pajara im Westteil der Hauptinsel Tahiti hatten sich 3.000 Tänzerinnen und Tänzer versammelt, um nach einer von der tahitianischen Tänzerin Makau Foster entwickelten Chorographie einen siebenminütigen traditionellen „Ori Tahiti“ zu tanzen. Offiziell anerkannt wurden jedoch nur die 2.980 Personen, die regelkonform einen roten Pareo, ein weißes T-Shirt sowie einen aus echten Blüten und Blättern geflochtenen Haarkranz trugen.

(<http://tahitidanceonline.com/2980-polynesians-beat-the-world-record/>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Ex-Außenminister für Nobelpreis nominiert

Marshall-Inseln: Der ehemalige Außenminister der Marshall-Inseln, Tony de Brum, und seine Rechtsberater, die amerikanische Anwaltskanzlei Keller Rohrback, sind vom *International Peace Bureau* (IPB) in Oslo (Norwegen) für den diesjährigen Friedensnobelpreis nominiert worden. Vorgeschlagen wurde de Brum von Colin Archer, dem Generalsekretär des in Oslo ansässigen *IPB*.

Info: Die Republik der Marshall-Inseln (RMI) hat auf die Initiative von de Brum hin am 25.04.2014 bei dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) Klageverfahren gegen die neun Atomwaffenstaaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea eingeleitet. Ziel ist, die Atomwaffenstaaten vor dem Gerichtshof der Vereinten Nationen für ihre eklatante Verletzung des Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen. Rechtliche Grundlage der Verfahren sind Art. 92 der UN-Charta und Art. 36 des IGH-Statuts sowie der Atomwaffensperrvertrag. Den Atomwaffenstaaten wird vorgeworfen, ihre Verpflichtung nach Art. VI des Atomwaffensperrvertrages und den Regeln des Völkerrechts zum Eintritt in Verhandlungen mit dem ernsthaften Ziel zur Einigung über eine vollständige nukleare Abrüstung zu verletzen.

Vom 9. bis 16. März findet in Den Haag eine erste öffentliche Anhörung zu der Klage statt, weitere Verhandlungen, auch in den USA, sollen folgen. Nach Angaben des Friedensbüros könnte der Friedensnobelpreis für de Brum dafür sorgen, dass die Weltöffentlichkeit endlich Kenntnis bekomme von den 67 amerikanischen Atombombentests auf Bikini und Enewetak zwischen 1946 und 1958 und deren ge-

sundheitlichen Folgen für die Bevölkerung. Noch bis heute ist die Krebsrate unter den 53.000 Bewohnern der Marshall-Inseln deutlich höher als auf anderen Inseln, auf denen keine Tests stattfanden. (*Marianas Variety, Marshall Islands Journal 05.02.16, IALANA Rundbrief Oktober 2014*)

Mülltüten-Zwang in Bussen

Samoa: Seit Januar des Jahres müssen alle samoanischen Busfahrer Mülltüten für die Passagiere bereitstellen. Die Regel geht zurück auf eine Initiative des samoanischen Premierministers Tuilaepa Sailele Malielegaoi in Kooperation mit der Tourismusbehörde Samoas. Diese hatte eine neue „Sauberkeitsoffensive“ gestartet und darum gebeten, vor allem die öffentlichen Verkehrsmittel in Samoa sauberer zu machen. Passagiere müssten jetzt daran gewöhnt werden, ihren Müll nicht einfach mehr auf den Boden des Busses zu werfen, sondern diesen vorne beim Fahrer in den Müllsäcken zu entsorgen, erklärte ein Sprecher des Fremdenverkehrsamtes. Auch die Fahrer müssten sich daran gewöhnen, ihren Müll in diesen Säcken zu entsorgen, hieß es weiter. (*Radio NZ Intern. 11.01.16*)

Neue Gesundheitssendung im TV

Tonga: Seit Februar läuft im tongaischen Fernsehen *Tonga TV* an jedem zweiten und vierten Dienstag des Monats das halbstündige Gesundheitsmagazin „Tonga Mo'ui Lelei“, mit dessen Hilfe die Bevölkerung Informationen zum Kampf gegen nicht-übertragbare Krankheiten (non-communicable diseases, NCD) erhalten soll. Das Magazin wird vom tongaischen Gesundheitsministerium und dessen Behörde *TongaHealth* verantwortet.

Das Sendeformat ist eine Art „Talkshow“, in der sich Ärzte, Politiker und Minister über Krankheiten und deren Vermeidung aus-

tauschen. So sprach zum Beispiel bei der Premiere der neuen Sendung die tongaische Agrarministerin Losaline Ma'asi über die Bedeutung von Obst, Gemüse und Fisch für eine gesunde Ernährung und die Bekämpfung von Fettleibigkeit. In den Folgesendungen sollen auch Geschäftsführer von Unternehmen zu Wort kommen, die Produkte und Projekte im Kampf gegen die NCDs entwickelt haben. (*Matangi Tonga 11.02.16, <http://www.mic.gov.to/news-today/press-releases/5755-tonga-moui-lelei>*)

Vorbereitung des Festivals

Guam: Auf Hochtouren laufen derzeit auf Guam die Vorbereitungen für das alle vier Jahre stattfindende *Festival of Pacific Arts*. Zu dem Festival vom 22. Mai bis zum 4. Juni 2016 werden 2.500 Teilnehmer aus 27 pazifischen Ländern erwartet. Das Vorbereitungsteam rechnet mit mindestens 10.000 Zuschauern. Da Guam als nichtinkorporiertes Territorium der USA den amerikanischen Einreiseformalitäten unterliegt, hat die für Guam zuständige Senatorin Madeleine Bordallo die Grenzschutzbehörde der USA (Customs and Border Protection) um Unterstützung bei der Einreise von Ausländern gebeten. Es könnte nicht sein, dass Ausländer eine stundenlange Einreiseprozedur über sich ergehen lassen müssten, nur um an dem Festival teilnehmen zu dürfen. Bordallo forderte automatische „Einreise-Kioske“ für die bereits online registrierten Besucher sowie personelle Unterstützung am Flughafen.

Info: Das diesjährige zwölfwältige pan-pazifische Kunst- und Kulturfestival steht unter dem Motto „*What we own, what we have, what we share, united voices of the Pacific*“.

(<https://festpac.visitguam.com/>, *Pacific Daily News 08.02.16*)

Jungfernflug nach China

Fidschi: Die fidschianische Fluggesellschaft *Fiji Airways* hat zum 1. Februar ihre Non-stop-Verbindung ins chinesische Beijing (Peking) aufgenommen. Auf der Langdistanz über 9.000 Kilometer kommt der brandneue Airbus A330-300 der Fluggesellschaft zum Einsatz. Darin haben 300 Passagiere Platz. Der vom Reiseveranstalter *Rosie Holidays* gecharterte Flieger benötigt für die Strecke etwas über 13 Stunden.

Die chinesischen Passagiere des Jungfernfluges wurden am internationalen Flughafen von Nadi vom fidschianischen Präsidenten Jioje Konrote sowie dem *Fiji Airways*-Geschäftsführer Andre Viljoen persönlich willkommen geheißen. (*Fiji Times 02.02.16*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten dieser Ausgabe wurden zusammengestellt von Lucia Herold, FSJ'lerin im Referat PPO und in der Pazifik-Infostelle.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Pastor bei Angriff verletzt

Die zwei Pfarrer der *Foursquare Church* in den Western Highlands, Jackson Moti und sein Assistent Paul Rock, wurden von Sicherheitsleuten und Inhaftierten angegriffen, nachdem sich eines ihrer Schweine auf dem Gelände des Baisu-Gefängnisses aufgehalten hatte. Der Angriff geschah überraschend, obwohl der Fall laut Moti bereits geklärt war. Der Gefängnisleiter sagte, er wusste von der Angelegenheit. (*The National 08.12.15*)

Priester mahnt Kirchen zur Hilfe

„*Es ist traurig, Verstorbene ohne angemessene Vorbereitung wegen finanzieller Probleme der Verwandten beerdigt zu sehen*“, sagte der anglikanische Priester Father Philip Jiregari. Deshalb rief er die Kirchen dazu auf, Menschen in dieser besonderen Situationen zu helfen. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Hilfe, sondern auch um Hilfe in Sachen Transport, Essen und anderen Bedürfnissen. Es sei aber auch wichtig, dass die Verwandten die Unterstützung der Kirchen suchten. (*The National 11.01.16*)

ELC-PNG

30. Synode der ELC-PNG Wahlergebnisse

Aus dem ganzen Land machten sich tausende Gläubige, Delegierte sowie Zuschauer auf, um an der 30. Nationalen Synode der ELC-PNG teilzunehmen. Sie findet alle zwei Jahre statt und wurde dieses Jahr vom 10. bis 17. Januar 2016 in Heldsbach, Finschhafen abgehalten. Auch der neue Direktor von Mission EineWelt, Pfarrer Hanns Hoerschelmann, reiste zum ersten Mal nach PNG, um daran teilzunehmen.

Der Schatzmeister der ELC-PNG, Noreo Kendip, brachte zu diesem Anlass gute Neuigkeiten mit. Nachdem in den vergangenen Jahren Korruption und Missmanagement die Kirche umgetrieben hatten, scheinen sich nun Verbesserungen abzuzeichnen. Kendip zufolge erwartet die Finanzabteilung ein Jahreseinkommen der ELC-PNG von 11,08 Millionen Kina im Jahr 2016. Die Verantwortlichen rechnen deshalb damit, bei strengen Maßnahmen monatlich K800.000 bis K1 Mio. ausgeben zu können im Gegensatz zu den monatlichen K160.000 in den Vorjahren. Dazu sei es wichtig, die Korruption aus den Köpfen zu streichen und die Kirche mit neuen Leuten wieder

zum Laufen zu bringen. An dieser Stelle lobte Kendip auch besonders die Regierungen von PNG und Morobe, dass sie der Kirche mit insgesamt K2,7 Mio. durch die finanzielle Katastrophe im Jahr 2014 geholfen hatten.

Bei einem anderen Thema warf Kendip dieser jedoch unrechtmäßiges Handeln vor. Nachdem die Regierung der Kirche Land für ein Multi-Millionen-Kina-Projekt mit der chinesischen Regierung weggenommen hatte, fordert er entgeltlichen Ersatz in Millionenhöhe. Dazu wurde das Land an den Minenkonzern Ramu NiCo verpachtet. Kendip bat die Regierung, die Kirche bei einer außergerichtlichen Lösung mit Ramu NiCo zu unterstützen.

Der Sprecher des Parlaments Theodore Zurenuoc zeigte der Kirche, dass es nötig ist, aufzustehen, um sich zu neu auftretenden Problemen der Gesellschaft zu äußern. Dabei geht es um Themen wie z. B. Homo-Ehen oder Säkularismus, im allgemeinen Fragen, die nicht mit biblischen Prinzipien übereinstimmen. Außerdem mahnte er die Führenden der Kirche, während der Synode keine Politiker zu provozieren und nicht aus dieser und anderen kirchlichen Konferenzen ein politisches Spielfeld zu machen.

Premier O'Neill, Mitglied der ELC-PNG, war zur 30. NLS in Heldsbach, Finschhafen eingeladen und warnte ebenso davor, Meinungsverschiedenheiten untereinander wie in der Politik auszutragen. Das gepredigte Wort Gottes solle die Führung haben, Politik solle aus der Kirche ferngehalten werden.

Das größte Ereignis der Synode war die Wahl zum neuen leitenden Bischof der ELC-PNG. Nach einer Verzögerung von einem Tag war das Ergebnis bekannt. Rev. Jack Urame aus den Highlands/Goroka wurde mit 254 von 510 Stimmen zum neuen Head Bishop gewählt. Der neue Stellvertreter ist Rev. Lukas Kedabing

(290 von 504) aus Logaweng. Neuer Generalsekretär wurde Bernhard Kaisom (371 von 500 Stimmen, Karkar).

(The National, 08./14./14./18./20.01.16 Post-Courier online)

Urame will Politik nicht in der Kirche

Der neue leitende Bischof der ELC-PNG, Jack Urame, verkündete, dass noch ordinierte Politiker nicht auf der Kanzel stehen und predigen sollen. Politische Statements sollten keinen Platz in der Kirche finden. Ebenso sollen Hilfe und Unterstützung nur noch im Sinne von christlicher Nächstenliebe geleistet werden und nicht aus politischen Motiven heraus. *(The National 11.01.16)*

RÖM.–KATH. KIRCHE

Kirche und Politik beschäftigen sich mit Aids

Anlässlich des Welt-Aids-Tages am 01.12.15 rief die Katholische Kirche zu mehr Aufmerksamkeit beim Thema Aids auf. Besonders Betroffene von HIV und auch deren Angehörige müssten mehr wahrgenommen werden, da sie auf Grund ihrer Krankheit oft unter Diskriminierung und Ausgrenzung litten. In ihrem Statement lobte die Kirche aber auch die Reaktionen des Landes auf HIV als beeindruckendes Paradebeispiel für menschliche Zusammenarbeit. Die Kirche selbst hat dazu spezielle Berater ausgebildet, allgemeine Bildungsprogramme gestartet und Beratungs- und Testzentren eingerichtet.

Bei einer Veranstaltung der PNG *Christian Leaders Alliance* stellte UNAIDS Country Director Stuart Watson fest, dass Kirchen mehr für die Aufklärung zu HIV machen als jede andere Organisation. PNG nahm nämlich an einem Treffen der UN im September teil, um sich zu nachhaltigen und entwicklungsthematischen Zielen zu verpflichten. Ein Ziel sei, die Epi-

demie Aids bis 2030 zu beenden. Watson sagte, PNG könne auch stolz darauf sein, dass es die dritthöchste Rate an Initiativen im asiatisch-pazifischen Raum erreicht habe. Zu diesem Erfolg hätten die Kirchen maßgeblich beigetragen.

Auch Gesundheitsminister Michael Malabag äußerte sich zu diesem Thema. Mehr als 50 % der Lehr- und Gesundheitsinstitutionen wurden von den Landeskirchen gegründet und sind ihnen zugehörig. Dabei bezeichnet er die Kirche als eine sehr einflussreiche Institution, weil sie viele Menschen vor allem auf der richtigen Ebene erreicht. Die Rolle der Kirche war schon immer führend im Formen von sozialen Normen, denn Glaube sei sehr wichtig, um Gesellschaften vom Reden zum Handeln zu bewegen und Missstände aufzulösen. Dem Land wurde bewusst, dass sich die Rolle der Kirchen vom passiven Beobachter zum aktiven Kämpfer gegen HIV geändert hat.

Zur Rolle der Christen beim Thema HIV/Aids meldete sich auch der stellvertretende Vorsitzende der *PNG Christian Leaders Alliance*, Pastor Daniel Hewali, zu Wort. Zum Welt-Aids-Tag appellierte er an die Kirchen, v.a. an die Pastoren der *Body of Christ Church*, Betroffene von HIV/Aids in ihre Gebete aufzunehmen. Denn auch er ist der Meinung, dass es der beste Weg ist, die Kirchen zu nutzen, wenn man ein Thema bei den Menschen bewusst machen möchte. Die Organisationen hätten zwar alle nötigen Ressourcen, doch ohne Gott sei keine Hilfe und Lösung möglich. *(The National, 01.12.15, 27./25./25.11.15)*

Staat soll Kirchen stärken

Der Generalsekretär der CBC (Katholische Bischofskonferenz) von PNG und Solomon Islands, Father Victor Roche, appellierte an die Regierung, nicht nur von der Bedeutung der Kirchen zu reden, sondern sie auch als wichti-

ge Partner anzusehen. Denn die Kirchen seien auch gerade in den ländlichen Gebieten, wo die Regierung nicht präsent sei, und sie würden von den Geschehnissen dort erzählen. (*The National* 23.12.15)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Tongan Church kauft historisches Gebäude

Tonga: Aufgrund von Schulden, angefangen mit dem Rechtsstreit zwischen der *Hawaii Conference United Church of Christ* und *Keanaaina* im Jahr 2009, musste Anfang dieses Jahres in Hawai'i die historische *North Kona Mauna Ziona* Kirche verkauft werden. Für 51.000 US-\$ erwarb die *Freie Kirche Tonga* dieses Gebäude. Der tongaische Pastor Fine Teutau beabsichtigt, diese für seine Gemeinde und die bisherigen Nutzer für ihre Gottesdienste am Leben zu halten.

(*Pacific Islands Report* 14.01.16)

Kirche unterstützt Oppositionspartei

Samoa: Der Plan des Oppositionsführer Tautua für die anstehende allgemeine Wahl ist ein Regierungswechsel. Die Oppositionspartei setzt dabei auf Inhalte wie mehr Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Rechtsordnung. Unterstützt wird sie dabei von der *Congregational Christian Church of Samoa*. Rev. Leapepe forderte die Gemeindemitglieder in einem Gottesdienst dazu auf, keine Angst zu haben und auch bei notwendig schnellem Handeln das Gebet nie zu vergessen. (*Pacific Islands Report*, 16.02.16)

IN EIGENER SACHE

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „Pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „Pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi, Tahiti und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende (Spendenkonto bei der Evangelischen Bank eG, IBAN DE12 5206 0410 0001 011111) unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partner.

Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsträger, der dieser Ausgabe beiliegt.

Vielen Dank!

Julia Ratzmann, Redakteurin

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Contemporary Pacific
• Islands Business • Flash d'Océanie
• National • Oceania Flash
• Pacific Beat • Pacific Islands Report
• Papua New Guinea Mine Watch
• Post-Courier • Radio Australia
• Radio New Zealand • Tahiti-
presse • Wantok • Westpapa-
ua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und

Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de